

**UNIA**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

**work**



**SGB-Chefökonom: «Wir haben eine Service-public-Krise»** Seiten 10–12

# Gerlafingen muss weiter glühen!

**Der Kampf um das Stahlwerk: «Aufgeben ist keine Option!»**  
**Grosse Solidaritätsdemo am 9. November.** Seite 3



## Nein, Nein, Nein & nochmals Nein

Noch höhere Prämien, dafür schlechtere Pflege? Noch höhere Mieten, dafür einfacher auf die Strasse gestellt werden? Die besten Gründe für 4 x Nein am 24. November. Seiten 2 und 6–8



### Ignoranz tötet Frauen

Ein feministischer Rückblick auf den Oktober als Vorschau auf 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Seite 5

### Znüni näh auf Arbeitszeit

Der neue Gerüstbau-GAV bringt einen bunten Strauss an Fortschritten. Seite 14

FOTOS: MANU FRIEDERICH, YOSHIKO KUSANO



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## STUR WIE EINE ESELIN

Die Wahrheit ist ja bekanntlich ein stark umworbenes, kostbares Gut. Und sieht je nach Blickwinkel sehr unterschiedlich aus. Zum Beispiel bei Stahl Gerlafingen. Durch die marktradikale Brille scheint es keine Alternative zu geben, die Traditionsfirma muss sterben. Mit Blick in die Zukunft ist jedoch glasklar: Die Schweiz braucht eine eigene Stahlrecycling-

**Büezer sollen für die Fehler des Managements büssen.**

Industrie, gerade auch im Hinblick auf die dringend nötige Energiewende. Sie kann es sich schlicht nicht leisten, diesen

Stahl-Standort und damit 120 Arbeitsplätze zu verlieren. Wirtschaftsminister Guy Parmelin braucht definitiv eine neue Brille (Seite 3).

**KRANK.** Oder VW in Deutschland. Glauben wir dem Konzern und seinen zugewandten Sprachrohren, krankt VW an der Sozialpartnerschaft: Der Ursprung allen Übels sind hohe Löhne, Sonderzahlungen, Kündigungsschutz. Die Politik und die Gewerkschaft IG Metall würden den Konzern und die Strategie dominieren. Doch work-Autor Oliver Fahrni hat genauer hingeschaut: Im letzten Geschäftsjahr hat VW 322 Milliarden Euro Umsatz und 18 Milliarden Euro Reingewinn gemacht. 4,5 Milliarden flossen an die Aktionärinnen und Aktionäre. In den letzten drei Jahren hat der Konzern 22 Milliarden Gewinn ausgeschüttet – weit mehr, als VW für seine Zukunftsstrategie benötigen würde. Mit dem angekündigten massiven Jobabbau sollen also die Büezerinnen und Büezer für Managementfehler büssen und alleine die Last des Strukturwandels in der Autobranche tragen (Seite 15).

**SPRENGSTOFF.** Seit drei Jahren ist Daniela Cavallo Chefin des VW-Betriebsrates, sie vertritt die weltweit 600 000köpfige Belegschaft und ist damit eine der mächtigsten Gewerkschafterinnen der Welt. Cavallo weiss, dass VW die Wende zum E-Auto verpasst hat. Seit Jahren macht sie deshalb konkrete Vorschläge, wie das Können und Wissen der Arbeitenden in die Industrie für E-Mobilität einfließen könnten. Bereits kurz nach ihrer Wahl sagte sie in einem Interview mit der «Zeit»: «In der Automobilindustrie müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie wir die Transformation ins digitale Zeitalter und in die Elektromobilität schaffen.» Die Unternehmen selbst würden zu oft immer nur von alternativen Antrieben, Klimazielen, und von Digitalisierung sprechen. Doch viel zu wenig darüber, wie Arbeitsplätze erhalten werden könnten. Das verunsichere die Beschäftigten, und sie könne auch verstehen, dass manche Arbeitende deshalb Richtung AfD wanderten. Denn dort machten Politiker ganz platte Versprechen wie «Wir wollen den Diesel erhalten», jedoch völlig konzeptlos. Unternehmen und Gewerkschaften müssten dafür sorgen, dass der Wandel nicht nach hinten losgehe. Denn das sei sonst wirklich «sozialer Sprengstoff».

**BARACKE.** Daniela Cavallo ist die erste Frau an der Spitze des VW-Betriebsrates. Sie ist die Tochter italienischer Migranten. Ihr Vater habe anfangs in einer der Holzbaracken gewohnt, die man für die italienischen Männer aufgestellt habe. «Die waren umzäunt, vom Werkenschutz bewacht und abgeschottet vom Rest der VW-Belegschaft», sagte Cavallo einmal in einem Interview. IG-Metall-Kollegen bezeichnen sie als manchmal «stur wie ein Esel». Muss sie wohl, um als Frau und Seconda in der Autobranche zu bestehen. Und auch für die kommenden Verhandlungen, in der ganz unterschiedliche Blickwinkel aufeinanderprallen. Aber hoffentlich stur wie eine Eselin.

# Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt EFAS den Kampf an: «Vorlage ist brandgefährlich»

«Liebe Kolleginnen und Kollegen Am 24. November stimmen wir über EFAS ab, über die «einheitliche Finanzierung ambulant/stationär». Die Idee dahinter: Ambulante und stationäre Leistungen im Gesundheitswesen sollen aus dem gleichen Topf bezahlt werden. Das tönt eigentlich vernünftig – doch die jetzt vorliegende EFAS-Vorlage ist brandgefährlich.

### Brandgefährlich für die Versicherten:

Weil mit EFAS bereits bei der Einführung die Finanzierungs-umstellung in 17 Kantonen zu höheren Prämien führt. Um bis zu 8 Prozent. Das hat der Bund selbst ausgerechnet. Dazu kommen dann die Prämiensteigerungen, weil mit EFAS mehr Pflegeleistungen über die unsozialen Kopfprämien der Krankenkasse finanziert werden sollen.

### Brandgefährlich für die Kranken:

Weil wer ins Spital muss, muss mit EFAS künftig aus Franchise und Selbstbehalt für die gesamten Behandlungskosten mehr zahlen. Heute nur für 45 Prozent. Für eine ganz gewöhnliche Blinddarmoperation heisst das zum Beispiel: 371 Franken mehr aus der eigenen Tasche zahlen als heute.

**Brandgefährlich für die Pflegebedürftigen:** Wer im Heim oder zu Hause gepflegt wird, muss sich zusätzlich zu den Prämien an den Kosten beteiligen. Der Beitrag ist derzeit auf maximal 15 Franken pro Tag für Pflege zu Hause und 23 Franken im Pflegeheim begrenzt. EFAS will diese Höchstgrenzen streichen.

**Brandgefährlich für die Pflegenden:** Die Abschaffung der bestehenden Finanzierungsmodelle und die zusätzliche Macht für die Krankenkassen verstär-

ken den bereits heute heftigen Kosten- und Personaldruck weiter. Dumpingtarife gehen auf Kosten der pflegerischen Qualität und der Arbeitsbedingungen der Pflegenden.

Doch wie wurde aus einer grundsätzlich guten Idee der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen eine tickende Zeitbombe für Versicherte, Kranke, Pfl-

gebedürftige und Pflegenden? Ganz einfach: Die Krankenkassen haben eine der stärksten Lobbies im nationalen Parla-

### Wir Gewerkschaften sagen Nein zu mehr Geld und Macht für die Krankenkassen.

ment. EFAS ist ihre Vorlage, und sie sind auch die Einzigen, die von einem Ja profitieren würden. Sie bekämen 13 Milliarden Steuergelder überwiesen und könnten diese ohne demokratische Kontrolle nach eigenem Gusto einsetzen. Die Kassen würden künftig also anstelle der demokratisch legitimierten Kantone ihrerseits könnten sich aus der Verantwortung bei der Finan-

zierung der Spitäler und der Langzeitpflege stellen. Darum sagen wir Gewerkschaften Nein zu dieser Scheinreform, die zwar gut tönt, aber schlecht kommt. Nein zu mehr Geld und Macht für die heute schon undurchsichtig operierenden Kassen! Und Nein zu einer solchen Teilprivatisierung der Grundversicherung! EFAS ist wirklich eine schlechte Vorlage für alle ausser den Krankenkassen. Bitte geh auch du unbedingt Nein stimmen am 24. November – es ist wichtig.»

Mehr zu EFAS auf Seite 8



UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA: «Bitte geh auch du Nein stimmen am 24. November.» FOTO: GAETAN BALLY



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit ist sie freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

## Künzi wählt die linke Sofaecke

Ich habe Schagge gefragt, ob ich am 5. November zu ihr kommen kann. Ich wusste, alleine halte ich das nicht aus (US-Wahltag). Schagge sagte grinsend: «Yes, yes, you can!» Sie werde dann Burger und Fritten machen, und wir schauen die ganze Nacht Live-Berichterstattung. Aber als ich dann bei Schagge ankam, war sie nicht da. Ich konnte trotzdem rein, weil ich hab einen Schüssel für Notfälle. Und diese Wahlen waren aus meiner Sicht ein krasser Notfall. Schagges Kater Röschi blickte mich misstrauisch an. Er ist sehr eigenwillig und beisst, wenn man sich in die linke Sofaecke setzt. Ich hab ihm chli Rösti gegeben, damit er mich mag, und gewartet. Dann hab ich überlegt, ob ich schon mal ohne Schagge den TV einschalten soll, aber ich traute mich nicht. Es bringt's ja nicht, wenn ich dann die ganze Zeit nur durch Gitterfinger schauen und den Ton abdrehen muss, weil ich so Panik habe, dass der Spinner gewinnt.

**WIND.** Da klingelte es, und Schagges Nachbar Albert stand vor der Tür. Jetzt sei ihm doch gopferdeckel sein Rucki geklaut worden mit allem: Geld, Telefon, Schlüssel! Ob er reinkommen dürfe? Klar, sagte ich und machte ihm einen Tee. Mich dünkt, in diesem Wahljahr mach ich dauernd Tee für irgendwelche verzweifelte Menschen. Alle sind irgendwie durch den Wind.

**PÄNG.** Albert sagte mit zittriger Stimme, er könne sich öppe schon denken, wer das gewesen sei. Er habe sich immer gewehrt gegen dieses Asylantenheim, und päng, genau da sei ihm der Rucki weggekommen. «Das ist doch Quatsch, Albert!» sagte ich. Aber Albert liess sich nicht davon abbringen. «Das haben wir davon, dass wir immer mehr von denen reinlassen!» Ich war zu entnervt, um eine gegenteilige Statistik zu googeln. Mit Fakten war Albert sowieso nicht zu erreichen. Er denkt ja auch, dass die Klimaerwärmung nur erfunden sei. Wo war bloss Schagge?

**PECH.** «Ich kann froh sein, dass ich noch lebe», jammerte Albert weiter. Man müsste endlich richtig durchgreifen. Er setzte sich aufs Sofa, in die rechte Ecke. «So wie Trump!» Da nahm ich ihm den Tee weg und sagte, er solle verschwinden. «Aber ich habe doch keinen Schlüssel und kein Telefon!» «Dein Pech! Du bist doch gegen Asyl, also tschüss!» Er zottelte fluchend ab und sagte so was wie: «Scheissleben» oder «Scheisslesben». Ich habe es nicht verstanden.

Als Schagge endlich kam, hatte ich schon alles Popcorn gegessen, und mir war schlecht. Ich sagte, ich würde lieber einen guten Film schauen statt US-Wahlen. Sogas wie «La vita è bella». Schagge nickte und machte Spaghetti al dente mit Pesto. Dann setzte sie Röschi vor die Tür («Katzen sind nachtaktiv!»), und wir hatten einen prima Abend auf Schagges Sofa. Und das mit den Wahlen... Oh my God!

Bei Redaktionsschluss am 5. 11. war der Ausgang der US-Wahlen noch nicht bekannt.

## Kampf um das Stahlwerk Gerlafingen

# Aufgeben ist keine Option!

Das grösste Recyclingwerk der Schweiz ist wieder in Betrieb. Doch die Zukunft des Stahlwerks in Gerlafingen bleibt höchst ungewiss. Wirtschaftsminister Guy Parmelin verweigert weiterhin jegliche Unterstützung.

IVAN SCHAUWECKER

Geräusche von schweren Maschinen und Metall hallen vom Schrottplatz her über Gerlafingen, und über dem Kamin des Stahlwerks steigt weisser Rauch auf. Nach zwei Wochen Kurzarbeit hat das grösste Recyclingwerk der Schweiz seinen Betrieb Ende Oktober wieder aufgenommen. Heinz Grolimund (54), der als Richtmeister im Stahlwerk arbeitet, hat am Abend zuvor Bundesrat Guy Parmelin im «Rundschau»-Interview des Schweizer Fernsehens gesehen: «Unsere Nachricht scheint bei ihm noch nicht angekommen zu sein.» Auch Markus Pfander (50), der als Tagesmeister die Arbeitsschichten koordiniert, ist ernüchtert: «Die Industrie ist für Parmelin ein rotes Tuch. Er bleibt auf seiner Meinung hocken und sagt immer das gleiche.» Was Parmelin in der «Rundschau» sagte: «Die Stahlwerke in der Schweiz sind leider nicht unersetzlich.» Der Bundesrat müsse rational und hart bleiben, denn das Geld wachse nicht auf den Bäumen.

### BUNDES RAT BLOCKIERT

Doch ist die Haltung des Bundesrates wirklich rational? Nicht nur bei den Stahlarbeitern, sondern auch in der Politik von links bis rechts gibt es grosse Zweifel und Wut über die Blockadehaltung des Bundesrates. Der Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark, der gemeinsam mit SP-Ständerätin Franziska Roth mit einer parlamentarischen Motion Notmassnahmen für Stahl Gerlafingen fördert, bezichtigt seinen Parteikollegen Parmelin gar der Verbreitung von Fake News. Denn Parmelin sagte in der «Rundschau», dass es in einem Umkreis von 150 Kilometern um die Schweiz 20 Stahlwerke gebe, die mit ihrer Produktion den Schweizer Markt sieben- bis achtmal decken könnten. Richtmeister Grolimund ist sehr erstaunt über diese Aussage: «Ich weiss nicht, woher er diese Zahlen hat.» Und tatsächlich: Im Register für Beton- und Bewehrungsstähle des Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) gibt es in den Grenzregionen der Schweiz nur drei Werke, die Stahlprodukte für den Bau herstellen.

### EINE FRAGE DER ÖKOLOGIE

Tagesmeister Pfander sagt: «Während der Corona-Pandemie haben wir gemerkt, dass es nicht gut ist, von Fabriken im Ausland abhängig zu sein.» Die Schweizer Bauindustrie brauche 1,1 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr, wovon Gerlafingen mehr als 40 Prozent liefere. Grolimund sagt: «Die zweite Gotthardröhre muss nach den neuen Beschaffungsvorschriften des Bundes mit grünem Stahl gebaut werden. 190 Lastwagen mit Schrott, die täglich ins Ausland fahren müssen und mit Stahl in die Schweiz zurückfahren, ist das ökologisch?»

Heute wird ein Grossteil des Schweizer Stahlschrotts per Bahn nach Gerlafingen transportiert. Auf dem Schrottplatz neben dem Stahlwerk sitzt Femi Rudai (42) in seinem Bagger und sortiert den Schrott, der gerade angeliefert wurde. Er und seine fünf Teamkollegen machen hier die Rohstoffe für das Recy-

cling im Stahlwerk bereit. Während seiner Mittagspause sagt er zu work: «Die Geschichte ist bedrückend, ich habe schlaflose Nächte. Es ist himmeltraurig, was hier abgeht!» Im Moment sehe es überhaupt nicht gut aus, aber Aufgeben sei für ihn, der seit 12 Jahren im Betrieb arbeite, keine Option. Von der Demo auf dem Bundesplatz im Oktober hat er auch eine Unia-Fahne mitgenommen, die nun über dem Schrottplatz weht. Am 9. November (siehe Box unten) werde er mit seinen Kollegen erneut für den Erhalt des Stahlwerkes demonstrieren. Auch Grolimund und Pfander werden an der Grossdemo in Gerlafingen teilnehmen.

### MIT MAILLARD BEI PARMELIN

Als Mitglieder der Betriebskommission werden Grolimund und Pfander vor der Gerlafinger Demo auch nochmals nach Bern reisen. Mit einer Delegation unter der Leitung von SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard werden sie Bundesrat Parmelin persönlich treffen. Sie werden ihm nicht nur die Petition zum Erhalt des Stahlwerks übergeben, sondern ihn auch nach den Standorten der neuen Schweizer Offshore-Stahlwerke fragen und mit ihm über die Folgen der fehlenden Industriepolitik in der Schweiz sprechen. Maillard sagte auf dem Bundesplatz dazu: «Was der Bundesrat macht, ist auch Industriepolitik! Es ist eine Politik der Deindustrialisierung!»

Markus Baumann, der Unia-Mann aus Solothurn, der wegen der angedrohten Schliessung von Stahl Gerlafingen seit Wochen auf Trab ist, sagt: «Die nächsten Wochen

BÜEZER FEMI RUDAI:  
«Es ist himmeltraurig,  
was hier abgeht.» FOTO: ISC



## Laura und das Biogas

Kürzlich in meiner Molkiabteilung: Ein Kunde hält mir eine Packung Milch vor die Nase und fragt, warum diese Milch mit dem heutigen Ablaufdatum noch zu verkaufen sei. Sie müsse doch vom Verkauf genommen werden! Ich drücke ihm die gleiche Marke Milch mit neuem Datum in die Hand. Er ist nicht zufrieden und beharrt darauf, dass die Produkte entfernt



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

werden müssten. Ich erkläre ihm, dass wir die Richtlinien der Qualitätssicherung einhalten. Das Datum ist ein «Zu verkaufen bis». Produkte, die am gleichen Tag ablaufen, werden später an diesem Tag mit 25 oder 50 Prozent angeschrieben und nach Ladenschluss entfernt. Wir können nicht einfach Produkte wegnehmen, wie es uns gefällt. Und man bedenke, das sind Lebensmittel! Schon klar, sagt der Mann, aber weg müsse es trotzdem! Es sei nicht mehr gut. Was für ihn Wegnehmen heisse, frage ich. Ob ihm klar sei, dass es entsorgt werde, obwohl es durchaus noch geniessbar sei. Der Mann entfernt sich, kommt kurze Zeit später mit einer Packung Muscheln zurück und mit der gleichen Leier. Ich nehme ihm die Packung weg und packe sie wieder in den Kühler.

### Wir verursachen 2,8 Mio. Tonnen Foodwaste pro Jahr.

IRRSINN. Ich schmeiss sicherlich nichts einfach so weg! Bei uns werden die Abfälle zu Biogas verarbeitet, eine erneuerbare und klimaneutrale Energie, die als Treibstoff wie auch als Wärmeenergie genutzt wird. Ein kleiner Teil an Gemüse und Früchten wird gespendet. Ich habe in meinen 20 Jahren im Verkauf schon eine Menge Abfall gesehen. Viel, viel Biogas. Trotzdem: Wenn mir ein Joghurt runterfällt, nervt es mich extrem. Ich versuche, achtsamer mit den Lebensmitteln umzugehen. Die Hilfsorganisation Schweizer Tafel hält fest: In der Schweiz verursachen wir 2,8 Millionen Tonnen Foodwaste pro Jahr. Davon produziert der Gross- und Detailhandel 270 000 Tonnen. Zwei Drittel davon wären zum Zeitpunkt der Entsorgung noch geniessbar. Der jährliche Verlust beträgt damit 330 Kilogramm pro Person. Irrsinnig, oder?

SAUER. Ich nahm die Konversation mit diesem Kunden gedanklich nach Hause und war sauer: Die Milch wäre super für ein Müesli oder einen Griessbrei. Such dir was aus! Alle, die schon mal in der Situation waren, nicht zu wissen, was Ende Monat auf den Tisch kommt, würden doch nicht verlangen, dass eine einwandfreie Milch weggeworfen wird? Oder liege ich falsch? Einige leben eben privilegierter als andere. Alles wird teurer, und viele müssen jeden Rappen umdrehen. Mehr als jede sechste Person in der Schweiz ist von Armut bedroht. Aber wir schmeissen Tausende Tonnen Lebensmittel weg. Exgüsi, ich korrigiere: Es wird zu Biogas, us de Region.

## Kundgebung Stahl Gerlafingen muss bleiben!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Stahl Gerlafingen kämpfen um ihre Arbeitsplätze und den Erhalt des Stahlwerks.

Samstag, 9. November 2024 • 11.00–12.30 Uhr • vor dem Stahlwerk in Gerlafingen • Treffpunkt: Bahnhof Gerlafingen

Die Forderungen der Unia: • Keine Entlassungen! Sicherung aller Arbeitsplätze durch Kurzarbeit • Sofortmassnahmen der Politik zur Rettung von Stahl Gerlafingen • Eine Industriepolitik zur nachhaltigen Sicherung der Produktion von Recycling-Stahl in Gerlafingen

rebrand.ly/gerlafingen

## Boeing: 38 Prozent mehr Lohn

**SEATTLE.** Nach sieben Wochen Streik beim Flugzeugbauer Boeing kehren 30000 Mitarbeitende zurück zur Büz. Die Mitglieder der Gewerkschaft IAM akzeptierten den neuen Lohnvorschlag von Boeing in einer Abstimmung mit einer Mehrheit von 59 Prozent. In den nächsten vier Jahren steigen die Löhne damit um 38 (!) Prozent. Zudem bekommen die Mitarbeitenden eine Einmalzahlung von 12000 US-Dollar. Hauptgrund des Streiks waren jahrelang ausgebliebene Lohnerhöhungen.

## Die Initiative kommt vors Volk

**BERN.** Es ist geschafft! Für die Demokratie-Initiative sind 135 000 Unterschriften zusammengekommen. In einem zünftigen Schlusspuls gelang es dem Komitee, die letzten nötigen Unterschriften zu sammeln. Am 21. November wird die Volksinitiative für ein modernes Bürgerrecht eingereicht.



**ARBER BULLAKAJ: Präsident des Initiativkomitees.** FOTO: KEYSTONE

Die Demokratie-Initiative fordert eine Modernisierung des Schweizer Einbürgerungsprozesses. Konkret soll der Einbürgerungsprozess nicht mehr von Willkür dominiert werden, wie es heute noch in vielen Behörden praktiziert wird. Zudem sollen die Bedingungen für den Schweizer Pass gelockert und national einheitlicher werden.

## Aufstand der Architekten

**GENÈVE.** Die jungen Architektinnen des Komitees «Archi en colère» haben im Kanton Genève eine Petition mit 1136 Unterschriften eingereicht. Sie kritisieren die branchenunüblichen Niedriglöhne. Zeichnerinnen verdienen oft nur 4000 Franken, Architekten mit Masterabschluss brutto nicht einmal 5300 Franken. Hintergrund des Protests ist ein listiges Manöver der Genèver Architektenvereinigung (AGA). Diese hatte sich geweigert, die Löhne im Genèver GAV anzuheben, weshalb die Unia und die Gewerkschaft SIT den Vertrag kündigten. Doch in der Syna fand die AGA eine neue Vertragspartnerin – und zwar eine, die die Tieflohne unverändert schluckte.

## Lohnerhöhung für Bodenpersonal

**BERN.** Die Swiss erhöht die Löhne für das Bodenpersonal ab 1. Januar 2025 generell um zwei Prozent. Oder: mindestens 13 Mal 100 Franken mehr für das Vollzeitpersonal. Die Gewerkschaften SEV-GATA, VPOD und der Kaufmännische Verband sind zufrieden. Die Lohnerhöhung federe nicht nur die Jahresteuern von 1,2 Prozent ab, sondern auch die gestiegenen Mieten und Krankenkassenprämien.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

## Security! Brandgefährliche Sicherheitsbranche



**WICHTIGE AUFGABE: Mitarbeitende von privaten Security-Firmen müssen zum Beispiel im Ausgang für Sicherheit sorgen, doch wirklich ausgebildet werden sie dafür nicht.** FOTO: KEYSTONE

Private Sicherheitsleute werden häufig ohne oder mit völlig ungenügender Ausbildung in den Einsatz geschickt. Wer in den Beruf einsteigt, bekommt zu hören: Mach es einfach so wie die Kolleginnen und Kollegen. Eine Berufslehre gibt es nicht. Und der bis heutige GAV der Branche verpflichtet

### Der heutige GAV verpflichtet zu einer minimalen Ausbildung von 20 Stunden.

Arbeitgeber lediglich zu einer minimalen Basisausbildung von 20 Stunden. Und das in einem Beruf, in dem Gefahrensituationen zum Alltag gehören.

Wie unzureichend die aktuelle Ausbildung ist, zeigt auch der Vergleich zu anderen Berufen der Sicherheit. Die Polizeischule dauert zwei Jahre. Für weniger umfassende Tätigkeiten wie den Assistenz-

dienst der Polizei, den Strafvollzug oder das Bewachen von Botschaften braucht es Ausbildungen von mehreren Monaten bis zu drei Vierteljahren.

Trotz der fehlenden Ausbildung lagern Bund, Kantone und Gemeinden Aufgaben, die früher die Polizei übernahm, an private Sicherheitsfirmen aus. Aktuell hat zum Beispiel die Stadt Zürich einen Auftrag für «Sicherheitsdienstleistungen» öffentlich ausgeschrieben, darunter «Areal- und Revierüberwachung sowie Zutrittskontrollen». Die Unia fordert, dass im neuen Branchen-GAV neben höheren Mindestlöhnen eine einheitliche, zertifizierte Basisausbildung von 40 Stunden sowie jährlich mindestens drei Weiterbildungstage verankert werden.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/security-gav](http://rebrand.ly/security-gav)

## Arbeitszeit: Weniger ist mehr

Diese Veränderung der Arbeitswelt könnte so viele Fortschritte gleichzeitig bringen: die bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, die Förderung der Gesundheit der Arbeitnehmenden, die gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und sogar Klimaschutz. Die Rede ist von der «Arbeitszeitverkürzung». Im Rahmen der Unia-Tagung Ende Oktober diskutierten etwa 100 Teilnehmende über Wege zur Reduktion der Arbeitszeiten in der Schweiz und die politischen Widerstände gegen dieses zentrale gewerkschaftliche und gesellschaftliche Anliegen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/unia-tagung](http://rebrand.ly/unia-tagung)

## Mindestlöhne für zwei weitere Städte

Die Mindestlohnwelle in der Schweiz rollt weiter: Ende Oktober haben Komitees aus Gewerkschaften, progressiven Parteien und Hilfswerken in zwei weiteren Städten Initiativen für städtische Mindestlöhne eingereicht. Die Berner Initiative fordert einen Mindestlohn von 23.80 Franken pro Stunde. Damit würde eine Vollzeitstelle mindestens 4000 Franken im Monat einbringen. Heute verdienen zwischen 8000 und 10 000 Menschen in der Hauptstadt weniger. Gleichentags übergab auch das Schaffhauser Initiativkomitee seine Unterschriften für einen Mindestlohn von 23.50 Franken der Stadtkanzlei. In Schaffhausen arbeiten Hunderte Menschen für weniger als 4000 Franken im Monat bei einem 100-Prozent-Pensum.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/milo-be-sh](http://rebrand.ly/milo-be-sh)

## Protest gegen Hungerlöhne bei Montblanc

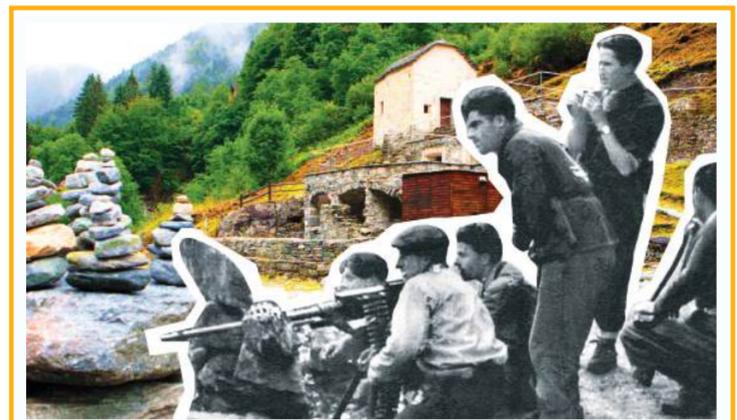
Bis zu 2500 Franken kostet eine Laptop-Tasche von Montblanc. Die Luxusmarke, Teil des Schweizer Richemont-Konzerns, rühmt sich: Ihre Lederwaren würden in Florenz hergestellt, «im Herzen des italienischen Lederhandels» und mit «traditioneller Expertise». Doch die Realität ist hässlich: In der Region chrapfen Tausende Migrantinnen und Migranten zu Dumpinglöhnen in den Lederwerkstätten von Subunternehmen. Pro Stunde betrug ihr Lohn nur zwischen 3 und 4 Euro! In einer dieser Klitschen haben sich die Büzzerinnen gewehrt und mit der Gewerkschaft Sudd Cobas die Wochenarbeitszeit von 70 auf 40 Stunden gesenkt. Neu beträgt der Stundenlohn 8 Euro – für den Luxuskonzern offenbar zu viel. Er kündigte dem Zulieferer! Die Arbeiter werden derweil von Schlägertrupps bedroht. Nun gab es vielerorts Proteste – auch in der Schweiz.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/montblanc](http://rebrand.ly/montblanc)

## «Flexibilisierung»: Arbeitgeber lesen eigene Studie falsch

Die Lohnabhängigen wünschen «flexiblere Arbeitszeiten». Zu diesem Schluss kommt eine Studie im Auftrag des Arbeitgeberverbands. Wollen Arbeitnehmende also genau das, was sich auch die Arbeitgeber sehnlichst wünschen? Also eine Schleifung des Gesundheitsschutzes im Arbeitsgesetz? Das wäre tatsächlich «erstaunlich», wie das Radio SRF und die Nachrichtenagentur berichteten und viele andere Medien nachpublizierten. Blöd nur für



**KAMPF GEGEN DIE FASCHISTEN: Italienische Widerstandskämpfer im Jahr 1944 im Gefechtsmodus.** MONTAGE: WORK

## 80 Jahre Partisanenrepublik Ossola Die Beinahe-Invasion der Nazi-Faschisten ins Tessin

In der Ruine der Bagni di Craveggia, einer einstigen Therme zu hinterst im Onsernonetal, lässt es sich vorzüglich im Warmwasser sprudeln. Doch vor 80 Jahren kam es genau dort zum schwersten Grenzzwischenfall der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Nach einem Schusswechsel retteten sich 250 Partisanen auf Schweizer Boden. Doch die angreifende Mussolini-Truppe unter SS-Kommandoschoss über die Grenze. Und sie

verlangte die sofortige Herausgabe aller «Banditen» – und zwar lebend, verletzt oder tot. Ansonsten werde man Gewalt anwenden und sich die Partisanen selbst holen. Doch die Tessiner Soldaten hielten stand – und schlugen den Faschisten, aber auch dem Bundesrat ein Schnippchen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/craveggia](http://rebrand.ly/craveggia)

die Arbeitgeber und ihre Lautsprecher: Die Zahlen geben gar nicht her, was sie sollen. Eine genau Lektüre der Studie zeigt: Was sich die Lohnabhängigen wünschen, sind zwar durchaus flexible Arbeitszeitmodelle – aber nur solche, über die sie selbst bestimmen können! Die Arbeitnehmenden wollen also nicht das Arbeitsgesetz deregulieren, son-

dern erwarten, dass die Arbeitgeber das Arbeitsgesetz einhalten, aber innerhalb der sehr grosszügigen Rahmenbedingungen die Wünsche der Arbeitnehmenden berücksichtigen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/flexi-studie](http://rebrand.ly/flexi-studie)

## So holen Sie work auf Ihr Handy



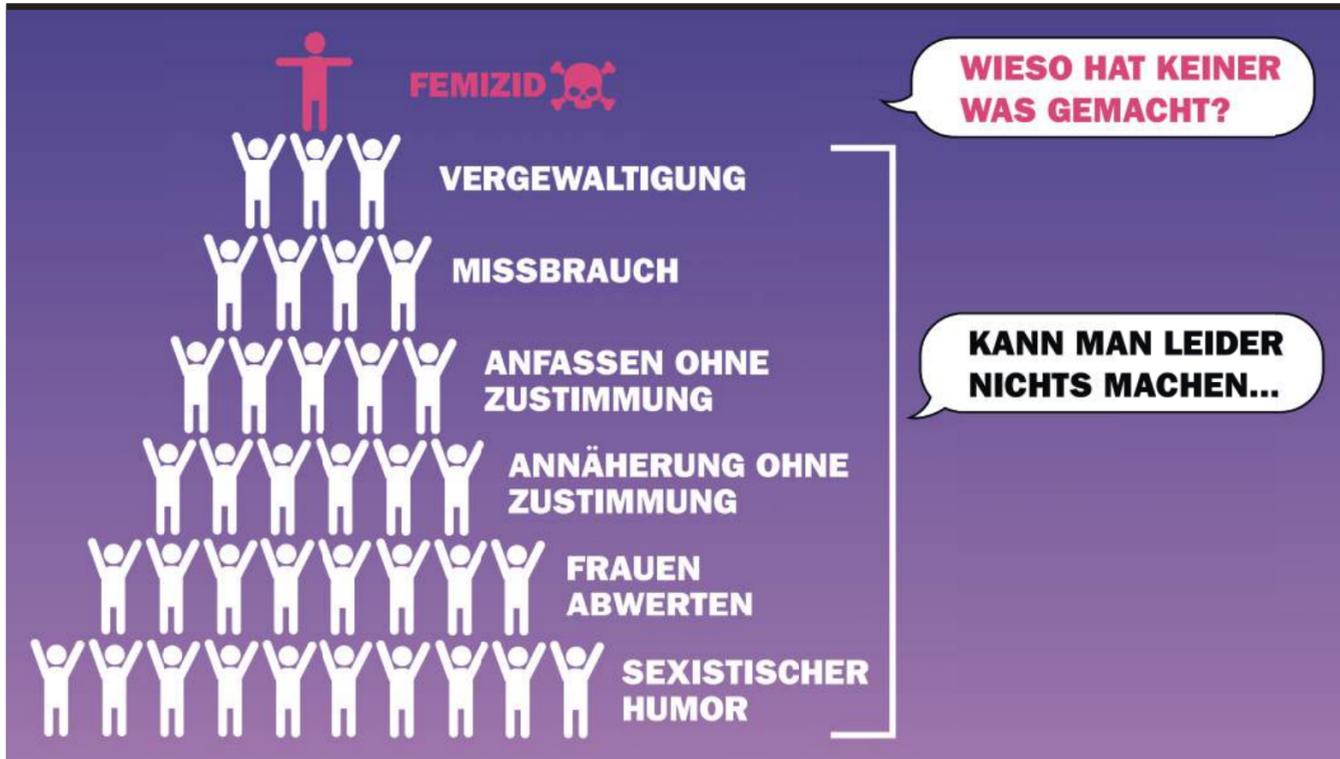
Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



25.11. bis 10.12.2024: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

# Wenn Ignoranz zum Mord an Frauen führt

**Ein Vergewaltigungsfall vor dem Churer Gericht, fünf Femizide und der Sexismus-skandal bei der Schweizer Armee. Und das alles in nur einem Monat. Der feministische Rückblick in den Oktober lässt die Frage offen: Wann kümmert sich die Schweiz endlich um adäquate Gewaltprävention?**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der letzte Femizid in der Schweiz ist erst wenige Tage her. Am 25. Oktober 2024 wurde in La Chaux-de-Fonds NE eine 42-jährige Frau von ihrem Ehemann getötet. Der Mann ermordete auch seine 17-jährige Tochter. Damit zählt die Schweiz allein im Oktober 5 Femizide, im Jahr 2024 wurden bisher 18 Frauen ermordet. Der Grund für ihren Tod: ihr Geschlecht. In den letzten Jahren wurde im Schnitt jede zweite Woche eine Frau von ihrem Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Trotzdem werden Morde an Frauen als Privatsache abgetan.

Der gefährlichste Ort für eine Frau ist ihr eigenes Zuhause. Doch das Problem beginnt schon viel früher. Eine im Oktober publizierte Umfrage zeigt bedenkliche Ergebnisse: In der

Schweizer Armee wird jede zweite Person sexuell belästigt. Teilgenommen haben an der Umfrage 764 Frauen und 362 Männer. Von den Befragten sind knapp 50 Prozent von Diskriminierung betroffen, 40 Prozent wurden Opfer von sexualisierter Gewalt. Und 81 Prozent gaben an, selten bis oft sexistische Bemerkungen und Witze im Dienst erlebt zu haben.

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) bezieht klar Stellung und vermeldet: «Für die GSoA ist klar, dass die Erhöhung des Frauenanteils in der Armee nichts zur Gleichstellung beiträgt. Die GSoA wird sich deshalb weiterhin gegen eine Dienstpflicht in einer zutiefst patriarchalen Institution wehren.»

## MACHTSPIEL IM BÜNDNER FILZ

Ein weiterer Skandal, der nicht nur Graubünden erschüttert, ist der laufende Prozess rund um die Vergewaltigung einer jungen Frau. Die Details sind mehr als haarsträubend: Ein Churer Richter hat eine 24-jährige Anwältin monatelang sexuell belästigt. Im Dezember 2021 hat er sie mutmasslich vergewaltigt.

Seine Machtposition nutzt der Richter aus: Nachdem er mit den Vergewaltigungsvorfällen konfrontiert worden ist, schreibt er seiner Praktikantin einen Drohbrief. Drin steht: Er sorge dafür, dass die Praktikantin ihre Anwaltsprüfungen in Graubünden nicht bestehen werde. Ähnlich hässlich der Ge-

richtsprozess. Die zuständige Richterin fragt, ob die junge Frau «nicht die Beine hätte zusammenpressen können». Und der Anwalt des Täters ist der Meinung, ein Nein reiche nicht. Das Opfer hätte mehr oder weniger explodieren müssen, ihn wegstossen und aus dem Büro stürmen sollen. Eine laute, fast schreiende Äusserung ihres Unbehagens wäre angebracht gewesen. Leider kein schlechter Witz.

Für die Vergewaltigung will die Staatsanwaltschaft den Beschuldigten zwei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis schicken. Für den Drohbrief droht ihm eine Geldbusse. Wie der Prozess für den Täter ausging, ist bei Redaktionsschluss (5.11.) noch unklar.

## Genug von der Gewalt!

Am 23. November starten die nationalen 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Das diesjährige Thema: «Wege aus der Gewalt». Dafür rufen die Organisatorinnen, darunter auch die Gewerkschaft Unia, zur Demo auf, am Samstag, **23. November, um 14.00 Uhr auf der Schützenmatte in Bern**. Unter dem Motto «Schulter an Schulter gegen Gewalt und Unterdrückung» demonstrieren Frauen und solidarische Menschen. work berichtet vor Ort auf Instagram (@workzeitung.ch). Mehr Informationen zur Demo und zu den 16 Tagen, prall gefüllt mit interessanten Events in der ganzen Schweiz, unter: [www.16tage.ch](http://www.16tage.ch) (dak)

Unia-Gleichstellungssekretärin Aude Spang über das Engagement der Gewerkschaften gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz

## «Die Arbeitgeber sind in der Pflicht»

MANON TODESCO\*

**work: Wie weit verbreitet ist sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz in der Schweiz?**

**Aude Spang:** Im Laufe ihres Berufslebens wird eine von drei Frauen Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Angezeigt werden die Fälle aber selten, weil Opfer Angst vor den Konsequenzen haben. Gerade Arbeitnehmerinnen, die in prekären Verhältnissen angestellt oder wirtschaftlich auf ihre Arbeitgeber angewiesen sind, können es sich nicht leisten, sich zu wehren. Eine englische Gewerkschaftsstudie zeigt, dass 80 Prozent der Frauen, die belästigt werden, dies nie ihrem Arbeitgeber melden. Wir als Gewerkschaft sehen die Dringlichkeit, dagegen zu kämp-

fen. Die Unia wird im nächsten Jahr eine Kampagne gegen Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz starten.

Es gibt viel gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Denn wir müssen die Mechanismen hinter den Belästigungen verstehen, Fälle erkennen, dagegen kämpfen und gleichzeitig die Opfer schützen und unterstützen.

### Was sind die Forderungen der Gewerkschaft?

Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre Angestellten vor Belästigung und Diskriminierung zu schützen. Es ist wichtig, die Verantwortung der Arbeitgeber klar zu betonen. Wir fordern verbindliche

Massnahmen zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter. Es braucht solide und vor allem wirksame Schutzmassnahmen an den Arbeitsplätzen.

### Warum ist es wichtig, am 23. November auf die Strasse zu gehen?

Es ist wichtig, um auf die Ernsthaftigkeit des Problems der Belästigung am Arbeitsplatz hinzuweisen. Diese nationalen De-

### Auch Männer können viel dazu beitragen, Geschlechterrollen aufzubrechen.

monstrationen sind auch starke Momente des Zusammenhalts. Darüber hinaus ist das Thema ge-

schlechtsspezifische Gewalt ein zentrales Thema des feministischen Kampfes. Auch wenn man nicht direkt betroffen ist, hat man wahrscheinlich jemanden in seinem Umfeld, der betroffen ist, und es geht darum, Solidarität mit den Opfern von Diskriminierung und Belästigung zu zeigen. Es ist wichtig, dass sich auch Männer mobilisieren. Auch sie können viel dazu beitragen, Klischees von Männlichkeit und Geschlechterrollen aufzubrechen. So kann man das Problem an der Wurzel packen.

\* Das Interview erschien zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical» und erscheint hier in einer leicht abgeänderten Version.



**work**  
**kommentar**  
Anne-Sophie Zbinden

## ENTLARVEND BANAL

Es ist ein absolut abscheuliches Verbrechen: Ein Mann, Dominique Pelicot, betäubt jahrelang seine Frau Gisèle und lässt sie von über 80 Männern vergewaltigen. Die Vergewaltigungen kommen 2020 ans Licht, weil Dominique Pelicot wegen heimlicher Aufnahmen unter den

**Es gibt den tiefverwurzelten Irrglauben an ein Machtgefüge zwischen Mann und Frau.**

Röcken von Frauen in einem Supermarkt verhaftet wird. Bei der Durchsuchung seines Computers entdeckt die Polizei

Tausende von Bildern und Videos, die die Vergewaltigungen an seiner Ehefrau dokumentieren. Er gesteht die Tat.

**STARK.** Der Prozess gegen Dominique Pelicot und 51 weitere Männer im Alter von 26 bis 72 Jahren begann am 2. September 2024 und wird voraussichtlich bis Mitte Dezember dauern. Gisèle Pelicot bestand auf einen öffentlichen Prozess. Sie will, dass «die Scham die Seite wechselt». Das ist bemerkenswert und stark. In ganz Frankreich solidarisieren sich Frauen mit Pelicot, skandieren «Wir sind Gisèle». Das Land erlebt wohl gerade einen grundlegenden #MeeToo-Moment. Forderungen nach «Nur Ja heisst Ja» werden laut.

**GRAUENHAFT.** Das Ausmass der Taten ist abscheulich, die Beweislast aufgrund der Videos erdrückend. Der Fall scheint in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit aussergewöhnlich. Doch die beschuldigten Männer, die sind erschreckend banal. Im Fall Pelicot haben über 51 Angeklagte ausgesagt, der britische «Guardian» hat sämtliche Aussagen zusammengetragen (Achtung: Übelkeitswarnung!). Diese Männer scheinen keine Schwerverbrecher, keine Monster. Es ist der Bauarbeiter von nebenan, ein Bäcker, ein Informatiker, ein Soldat, ein Pfleger. Auch wenn sie die Vergewaltigung zugeben – was trotz Videobeweisen längst nicht alle tun –, rechtfertigen sie sich mit grauenhaften Argumenten: sie hätten nicht bemerkt, dass die Frau bewusstlos sei, einer hielt sie sogar für tot. Juristinnen und Juristen nennen das chemische Unterwerfung. Was heisst das anderes, als dass der Mann die Frau zum Objekt macht. Was sie sagt und tut, geschweige denn was sie will, spielt überhaupt keine Rolle mehr. Manche der Angeklagten sagten, sie hätten gedacht, weil der Ehemann sie eingeladen habe, habe die Frau ihr Einverständnis gegeben. Der Mann verfügt also über die Frau, besitzt sie mit Haut und Haar.

**DÜSTER.** Die Aussagen der Angeklagten lassen tiefblicken in eine düstere Realität unserer Zeit. Es ist der offensichtlich tiefverwurzelte Irrglaube an ein Machtgefüge, an die Überlegenheit des Mannes über die Frau. Wir mögen noch so aufgeklärt sein, die Gleichstellung halbwegs in unseren Gesetzen verankert haben, Frauen in den meisten Berufsfeldern und Funktionen antreffen, doch im kollektiven Bewusstsein herrscht nicht selten noch Barbarei. Daher sind die Rechtfertigungen in ihrer Banalität entlarvend und sollten nicht verloren gehen unter der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen.

# Abstimmung über zwei Anti-Mieterinnen-Vorlagen am 24. 11. Der Airbnb-Bschiss der Immobilienhaie

**Die Hauseigentümer werben mit einer Eindämmung von Airbnb-Auswüchsen für ihre Rauswurfvorlagen. Was ist davon zu halten? work fragt bei David Roth nach. Der SP-Nationalrat und Gewerkschafter hat in Luzern Airbnb gezähmt.**

CLEMENS STUDER

Airbnb ist eine tolle Sache: Wer zu viel Platz hat, schreibt seine Wohnung oder ein freies Zimmer auf der Plattform aus. Wer in die Ferien will, gibt seine Wünsche ein. Kommt ein Vertrag zustande, besorgt Airbnb die Zahlungsabwicklung und kassiert dafür eine Provision vom Vermieter.

Airbnb ist eine verfluchte Sache: Statt Privaten mit Platz auf Zeit tummeln sich immer mehr professionelle Vermieterinnen auf der Plattform. Längst werden nicht nur übrige Zimmer vermietet, sondern Wohnungen schon gar nicht auf Dauer angeboten, sondern gleich und ausschliesslich für kurze Zeit – oft auch sämtliche Wohnungen eines Wohnhauses. Der Profit ist höher.

Das hat viele schlechte Auswirkungen. Wohnungen werden dauerhaft dem regulären Mietmarkt entzogen, was die Wohnungsnot vergrössert und Mieten verteuert. Zudem leiden betroffene Quartiere unter ständig wechselnden Touristinnen und Touristen, Lärm und schwindendem Gemeinschaftsgefühl. Besonders betroffen sind touristische Hot-

spots. Zum Beispiel Amsterdam, Berlin, Paris, New York. Und Luzern und Bern. Sie alle und viele andere mehr haben unterschiedliche Massnahmen gegen die negativen Auswirkungen von Airbnb und Co. ergriffen. In Luzern gilt ab nächstem Jahr eine Beschränkung auf 90 Tage pro Wohnung und Jahr. Der Vater der Luzerner «Lex Airbnb» ist David Roth, SP-Nationalrat und Syndicom-Gewerkschafter.

Jetzt wirbt die Hauseigentümerlobby für die mieterfeindlichen Vorlagen vom 24. November auch mit dem Argument, Airbnb-Auswüchsen so den Riegel schieben zu können. work wollte von Roth wissen, wie er das sehe.

**work: David Roth, sind Sie froh über die Unterstützung des Hauseigentümerverbandes bei Ihrem Kampf gegen die Airbnb-Auswüchse? David Roth:** Wovon reden Sie?

**Für die Einschränkung der Untermiete, über die wir am 24. November abstimmen, werben die Befürworterinnen und Befürworter mit dem Argument, dass damit die Auswüchse von Kurzzeitvermietung über Plattformen bekämpft werden können. Laut Umfragen kommt gerade dieses Argument bei den Stimmenden gut an.** Ja, leider. Denn das ist schlicht Unsinn. Mehr noch: Die Immobilienlobby ver-

**Die Mehrheit der Airbnb-Angebote sind keine Untervermietungen, sondern stammen von den Besitzerinnen selbst.**

sucht, die Stimmenden dreist an der Nase herumzuführen. **Starke Worte!** Schauen wir doch die Fakten an: In Luzern sind die Hauseigentümer mit viel Geld

gegen uns angetreten. Zum Glück erfolgreich. Und in Bern, wo das Volk vor über zwei Jahren mit über 80 Prozent eine «Lex Airbnb» für die Altstadt angenommen hat, verzögert der Hauseigentümerverband die Umsetzung des Volkswillens bis jetzt mit juristischen Einsprachen. Denn: Die klare Mehrheit der Airbnb-Angebote sind keine Untervermietungen, sondern stammen von den Besitzerinnen selbst oder von ihnen beauftragten professionellen Vermittlern. Am Problem der überbordenden Airbnb-Vermietungen würde ein Ja gar nichts ändern. Im Gegenteil!

**Das müssen Sie erklären.** Die missbräuchlichen Untervermietungen, mit denen der Hauseigentümerverband hausiert, sind schon heute verboten.

**Die Immobilienlobby will in Wahrheit einfach den Kündigungsschutz massiv schwächen.**

Dies haben nicht nur Mietgerichte in mehreren Urteilen bestätigt. Auch der Bundesrat lehnte im Parlament die von der bürgerlichen Mehrheit beschlossene Vorlage ab. Seine korrekte Begründung: Unnötig, weil die bestehenden Gesetze völlig ausreichen, um allfällige Airbnb-Tricksereien von Mieterinnen zu stoppen.

**Worum geht es denn dem Hauseigentümerverband?** Die Immobilienlobby will in Wahrheit einfach den Kündigungsschutz massiv schwächen und mehr Mieterwechsel erzwingen können. Denn bei vermieteten Wohnungen können sie die Mieten nur in begründeten Fällen erhöhen. Wenn es jedoch zu einem Mieterinnenwechsel kommt, können sie den Zins und damit ihren Profit massiv erhöhen.

**Sie stimmen also am 24. November Nein? Genau!**



FRÜHERES ZUHAUSE: Hier in Schwamendingen fanden Ahmed L. und seine Familie bezahlbaren Wohnraum. Doch die einstige Arbeitersiedlung wird abgerissen, damit Platz für Neubauten entsteht. FOTO: ISC



GENOSSENSCHAFTSSIEDLUNG: Unia-Mann Köbi Hauri hatte Glück mit seiner Wohnung im «Sunnige Hof». FOTO: RAJA LAUBLI

## Obwohl sie bereits jedes Jahr 10 Milliarden Franken zu viel kassieren: Immobilien-Haie werden immer gieriger

**Am 24. November stimmen wir über zwei Vorlagen zum Mietrecht ab. Mit beiden sollen Mietende leichter auf die Strasse gestellt werden können. Weiteren Angriff auf die Mietrechte laufen bereits. Es geht immer nur um eins: die Profite weiter steigern.**

CLEMENS STUDER

**DARUM GEHT'S (ANGEBLICH):** Untermiete und Eigenbedarf sind keine klaren Begriffe. Selbst der Bundesrat hat in der parlamentarischen Debatte festgehalten, dass dies völlig unnötig ist, weil die bestehenden Gesetze klar genug sind.

**DARUM GEHT'S WIRKLICH:** Neuvermietete Wohnungen garantieren noch höhere Profite. Kein Wunder, sucht die Immobilienlobby neue Gründe, um einfacher zu kündigen. Bei den beiden Vorlagen vom 24. November funktioniert das so: Die Besitzenden wollen die Untermiete faktisch verbieten und zur Kündigungsfälle umbauen. Ausserdem soll die Definition von «Eigenbedarf»



INTERESSENVERTRETER DER IMMO-HAIE: Hans Egloff (l.) war Präsident des Hauseigentümerverbands, Gregor Rutz ist es jetzt. FOTOS: KEYSTONE

massiv aufgeweicht werden und damit Rauswürfe von Mietenden einfacher.

**DAS STECKT DAHINTER:** Die Schweiz ist ein Land von Mietenden. In kaum einem europäischen Land wohnen so wenig Menschen in den eigenen vier Wänden. Die Immobilienlobby ist extrem stark. So stark, dass sie sich es leisten kann, geltende Gesetze folgenlos dauerhaft zu verletzen. Denn eigentlich wäre das Gesetz klar: Mit Wohnungen soll kein übermässiger Profit gemacht werden dürfen. Doch die Immo-Haie scheren sich seit rund 20 Jahren nicht mehr darum. Und kommen damit



durch: Die Mietpreise sind in den vergangenen 18 Jahren explodiert. In konkreten Zahlen: Alleine im vergangenen Jahr hat jeder Mietenden-Haushalt im Durchschnitt 360 Franken pro Monat zu viel Miete bezahlt. Zusammengezählt haben Hausbesitzer und Immobilienkonzerne 10,4 Milliarden Franken gesetzeswidrige Profite kassiert. Und das geht schon seit vielen Jahren so (work berichtete: [rebrand.ly/miet-abzocke](https://rebrand.ly/miet-abzocke)).

**2 NEIN SIND WICHTIG:** Die Rauswurf-Vorlagen vom 24. November sind die ersten Geschäfte einer ganzen Reihe von Vorlagen zur Schwächung oder

Abschaffung des Mietendenschutzes. Denn weil sie mit Abbau-Paketen in den letzten Jahrzehnten beim Volk immer gescheitert ist, hat sich die Immo-Lobby eine neue Strategie ausgedacht. Ihre Politikerinnen und Politiker bringen jeden Teilschritt einzeln ins Parlament. Weil von den Milliardenprofiten der Immobilienhaie auch der eine oder andere Franken für bürgerliche Par-

**Rauswürfe von Mietenden sollen einfach werden.**

teien abfällt, finden sie dort Mehrheiten. Für die mieterfreundlichen Organisationen heisst das: Sie müssen Referendum um Referendum starten. Bereits vor der Abstimmung vom 24. November hat die zuständige Nationalratskommission zwei weitere Vorlagen beschlossen, die den Mietenden massiv schaden würden: Die Anfechtung von überbessenen Anfangsmieten soll verunmöglicht werden. Und die Mieten sollen unter dem Vorwand «Orts- und Quartierüblichkeit» noch leichter erhöht werden können.

## Wohnungskrise am Stadtrand von Zürich: Arbeiter-siedlung weicht Neubauten innen und Buezer werden

**An keinem anderen Ort der Stadt Zürich ragen mehr Bauprofile in die Höhe als in Schwamendingen. Das Zürcher Aussenquartier ist im Umbruch, und Tausende von Bewohnerinnen und Bewohnern sind auf der Suche nach einem neuen Zuhause.**

IWAN SCHAUWECKER

Ahmed L. (53) ist in Bagdad geboren und flüchtete 2002 vor dem Krieg im Irak in die Schweiz. Seit mehr als zehn Jahren lebt er mit seinen beiden Kindern in der Stadt Zürich. Mit einem Job als Schweisser in einem Industriebetrieb konnte er sich das Leben und die Miete in der Stadt leisten. Doch nach einem Unfall, unter dessen Folgen er noch heute leidet, und der Trennung von seiner Frau kündigte ihm die Hausverwaltung auch noch die Vierzimmerwohnung in Schwamendingen, die 1550 Franken pro Monat kostete.

Der Grund: Die Besitzerin, die Zurich Invest AG, will mit Neubauten mehr Rendite machen. Ahmed L. sagt: «Damals war ich zuversichtlich, dass wir in-

## Stadtrand von Zürich: Arbeitersiedlung weicht Neubauten innen und Buezer ausquartiert

nerhalb der Frist von zwei Jahren eine neue bezahlbare Wohnung im Quartier finden würden.»

**HEIMAT DER KINDER**

Vor allem für seine Kinder im Primarschulalter wollte Ahmed L. unbedingt eine Wohnung finden, die in der Nähe ihrer Schule liegt. Er habe im Internet immer wieder freie Wohnungen im Quartier gesehen, doch diese waren für ihn, der inzwischen als Betreuer in einem Hort arbeitete, meist un-

**Die freien Wohnungen im Quartier waren für Ahmed inzwischen unbezahlbar.**

bezahlbar. Während die Miete einer Dreizimmerwohnung in Schwamendingen im Durchschnitt bei 1260 Franken monatlich liegt, waren die Preise der ausgeschriebenen Wohnungen im Quartier inzwischen meistens doppelt so hoch. Und bezahlbare Genossenschaftswohnungen oder Wohnungen der Stadt Zürich zur Kostenmiete waren fast nie ausgeschrieben.

Ahmed L. sagt: «Nach einem Jahr erfolgloser Suche und Hunderten von E-Mails kamen in mir Angst und Trauer auf.» Und er war nicht allein in dieser Situation: Die meisten der etwa 500 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung an der

Grosswiesenstrasse hatten das gleiche Problem. Denn die Zurich Invest AG, eine Tochtergesellschaft der Zurich Versicherungen, hat keinen etappierten Abriss der Siedlung vorgesehen und allen gleichzeitig gekündigt.

Die Zurich Invest AG will zwar keine Luxuswohnungen bauen, aber die neuen Wohnungen wird sie zu den frapant gestiegenen Marktpreisen vermieten. Die 255 geplanten Neubauprodukte kommen also nicht nur zu spät, sie werden für die meisten der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner auch nicht bezahlbar sein. Auch die Pensionskasse des Kantons Zürich (BVK), weitere Investoren und verschiedene Genossenschaften planen derzeit den Abriss von grossen Siedlungen im Quartier. So ragen überall Bauprofile in die Höhe, und auch sehr viele Alteingesessene des Quartiers sind auf Wohnungssuche.

**DEMO AM SCHWAMENDINGERPLATZ**

Diese Entwicklung im Arbeiterquartier Schwamendingen macht auch dem Mieterverband und der Basisorganisation Mietenplenum Sorgen. Ende 2023 versammelten sie die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung an der Grosswiesenstrasse, um nach Anschlusslösungen für die Betroffenen zu suchen. Ahmed L. sagt: «Ich habe da auch viele meiner Nachbarinnen und Nachbarn

erstmals kennengelernt, und wir konnten uns gegenseitig stärken.» Seither gab es auch immer mehr Medienberichte über die schwierige Situation vieler Mieterinnen und Mieter in Schwamendingen. Ahmed L. sagt: «Wir haben sogar eine Demonstration auf dem Schwamendingerplatz gegen die Wohnungskrise organisiert, doch eine Wohnung hatte ich weiterhin nicht in Aussicht.»

**996 FRANKEN MIETE**

Wenige Wochen vor dem Ablauf der Kündigungsfrist Ende September organisierten das Mietenplenum und der Mieterverband ein Treffen mit sechs Wohnbaugenossenschaften und der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich. Ahmed L. sagt: «Ich habe in dieser Zeit sehr viel Unterstützung erhalten und hatte dann auch eine Notwohnung der Stadt in Aussicht.» Nur zehn Tage vor dem Ablauf der Frist gab es dann aber noch eine andere, bessere Lösung. Die Baugenossenschaft Bahoge konnte Ahmed L. und seinen Kindern eine Dreizimmerwohnung für 966 Franken zur Verfügung stellen. Nur etwa 300 Meter entfernt von der Schule seiner Kinder. Ahmed sitzt auf dem kleinen Balkon seiner neuen Wohnung und sagt: «Auch diese Wohnung wird abgerissen, aber wir können hier nochmals mindestens zwei Jahre bleiben, dafür bin ich sehr dankbar!»

## Gartenstadt Schwamendingen Umbruch, Abbruch, Aufbruch

**Unia-Mann Köbi Hauri (72) wohnt seit seiner Pensionierung in Schwamendingen. Der ehemalige Hausmeister der ETH hat im «Sunnige Hof» eine neue Heimat gefunden und kämpft jetzt für andere, die weniger Glück hatten.**

IWAN SCHAUWECKER

Köbi Hauri verteilt im Stadtzentrum von Zürich Abstimms-flyer zu den beiden Mietrechtsvorlagen. Er sagt: «Wir müssen die Rechte der Mieterinnen und Mieter gegenüber den Eigentümern stärken, statt sie zu schwächen.» Gerade jetzt, wo der Druck durch Renditelegik und Spekulation auf dem Wohnungsmarkt immer grösser werde. Hauri selber ist von dieser Logik verschont, denn er wohnt seit 2017 für 1750 Franken in einem Neubau der Ge-

**«Ich sehe meine Wohnung als Privileg.»**

KÖBI HAURI, SCHWAMENDINGEN

nossenschaft Sunnige Hof in einer Dreieinhalbzimmerwohnung unweit des Bahnhof Stettbach. Hauri schwärmt: «Mit der S-Bahn brauche ich nur fünf Minuten ins Stadtzentrum von Zürich.»

**GARTENSTADT.** Als Schwamendingen 1934 in die Stadt Zürich eingemeindet wurde, war das Stadtzentrum noch weit weg von Stettbach. Die Bevölkerung des bäuerlich geprägten Stadtteils verzehnfachte sich bis in die 1960er Jahre auf 33 000 Personen. Die neu zugezogenen Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter fanden in Schwamendingen bezahlbaren Wohnraum mit grosszügigen Grünflächen und Gemüsegärten. Auch eine Stiftung der Migros kaufte preisgünstiges Land und baute im Mattenhof Einfamilienhäuser, die für den Neubau der Genossenschaft Sunnige Hof weichen mussten. Die Anzahl der Wohnungen konnte damit von 30 auf 150 erhöht werden.

**PRIVILEG.** Köbi Hauri sagt: «Ich sehe meine Wohnung als Privileg, denn es gibt ein genossenschaftliches Leben, und es ist nicht übermässig verdichtet.» Tatsächlich fühlt sich der Mattenhof trotz Verdichtung immer noch nach Gartenstadt an. Die Bewohnerinnen und Bewohner verschiedener Generationen treffen sich in den grosszügigen Freiräumen zwischen den Backsteinhäusern, die Spielplätze sind voller Kinder, und der Autoverkehr bleibt vor den Toren der Siedlung. Nirgends in der Stadt gibt es so viel Wohnraum von Genossenschaften wie in Schwamendingen, und viele von ihnen haben Neubauprojekte. Dieser attraktive und bezahlbare Wohnraum ist dringend nötig, denn die Stadt erwartet in Schwamendingen in den nächsten zwanzig Jahren ein Bevölkerungswachstum von weiteren 12 000 Personen.

# EFAS will Krankenkassen noch mehr Macht geben. Das ist gefährlich! Krankenkassen-Boss: Neue Medikamente nur noch für Reiche

**Wird EFAS angenommen, kassieren die Krankenkassen 13 Milliarden Franken Steuergelder pro Jahr. Und sie können damit machen, was ihnen gefällt. Ohne demokratische Kontrolle. Das ist gefährlich, wie die Ideen von Sanitas-Chef Andreas Schönenberger zeigen.**

CLEMENS STUDER

Am 24. November stimmen wir über EFAS ab. Eine Vorlage, die noch mehr Gesundheits- und Pflegekosten über die unsozialen Kopfprämien bezahlen lassen will. Das bedeutet bei Einführung für Hunderttausende Versicherte eine umgehende Prämiensteigerung von bis zu 8 Prozent – zusätzlich zu den «gewöhnlichen» jährlichen Aufschlägen. Gleichzeitig würden die Arbeitsbedingungen der Pflegenden noch weiter unter Druck kommen und damit die Pflegequalität sinken. Alle Hintergründe und Fakten gibt es im work-Dossier online ([workzeitung.ch/dossier/efas](http://workzeitung.ch/dossier/efas)).

## MEHR MACHT FÜR DIE KASSEN?

Doch EFAS hätte noch eine dramatische Auswirkung: Mit dem geplanten Rückzug der Kantone aus der Finanzierungs- und Organisationsverantwortung für Pflegeheime und Spitex würde privaten, gewinnorientierten Akteuren der rote Teppich ausgerollt. Sie könnten sich die lukrativsten Patientinnen und Patienten aussuchen. Gleichzeitig haben die Kassen ein Interesse an einer Rationierung der

Grundversorgung, um mehr Zusatzversicherungen verkaufen zu können. Verlierer wären alle Normalversicherten. VPOD-Präsidentin und Zürcher Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber bringt es so auf den Punkt: «Mit EFAS käme es zu einer gewaltigen Machtverschiebung hin zu den Krankenkassen und weg von der demokratischen Steuerung, aber auch vom medizinischen Entscheid und den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten.»

## EFAS ALS ETAPPENZIEL

Wie gefährlich es für Versicherte, Pflegebedürftige und Pflegenden wird, wenn die Krankenkassen machen könnten, wovon sie träumen, zeigt ein aktuelles Interview in den TX-Medien («Tages-Anzeiger») und seine Ableger vom Bodensee bis an den Thunersee. Dort spricht Andreas Schönenberger erstaunlich offen darüber, wie er sich das Gesundheitswesen wünscht. Schönenberger ist Chef der Sanitas. Er kassiert am meisten aller Krankenkassen-Bosse: Im letzten Jahr waren es 955 000 Franken.

Die Sanitas ist Mitglied des Krankenkassenverbandes Curafutura. Dort wurde EFAS «erfunden» und via die Krankenkassen-Lobbyistin (zeitweise über zwanzig einschlägige Nebenjobli) und Aargauer Mitte-Nationalrätin Ruth Humbel auf den parlamentarischen Weg gebracht ([work berichtete: rebrand.ly/bürgerliche-gesundheitspolitik](http://work.berichtete.rebrand.ly/bürgerliche-gesundheitspolitik)).

## SPAREN FÜR DIE NEUE HÜFTE

Das Interview mit Sanitas-Chef Schönenberger zeigt in aller ebenso wünschbaren wie erschreckenden Klarheit: EFAS ist für die Krankenkassen nur ein Etappenziel auf dem Weg, nicht mehr allen Menschen Zugang zu einer umfassenden und qualitativ



ER HAT GUT GRINSEN: Grossverdiener und Sanitas-Chef Andreas Schönenberger. FOTO: KEYSTONE/MONTAGE: WORK

hochstehenden medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Schönenberger schwärmt für das «Singapur-Modell». Hier wird mit Lohnabzügen ein indi-

**Schönenberger bestreitet nicht einmal, dass nicht mehr allen Menschen die gleiche medizinische Versorgung zustehen soll.**

viduelles Konto bedient, von dem dann Arzt- und Spitalrechnungen bezahlt werden. Schönenberger sagt, «dann würden sich die Menschen viel stärker fragen: Was bekomme ich, und was zahle ich dafür?». Selbstverständlich müssten sich das Menschen

mit unteren und mittleren Einkommen viel «stärker fragen». Denn ihr «persönliches Gesundheitskonto» wäre wesentlich schlechter dotiert als jenes von Extrem-Kassierern wie Schönenberger. In Schönenbergers Modell müsste sich ein Baubüezer überlegen, was ihm schmerzfreies Gehen dank einem neuen Hüftgelenk wert ist und ob er sich das leisten kann.

## MEHRKLASSEN-MEDIZIN

Schönenberger bestreitet im TX-Interview nicht einmal, dass nicht mehr allen Menschen die gleiche medizinische Versorgung zustehen soll, wenn es nach ihm geht. Im Gegenteil: «Eine Mehrklassenmedizin kann sogar positiv sein für die Gesellschaft.»

Da ist es dann nur noch ein kleiner geistiger Schritt zur Idee, dass neue Medikamente nur noch für Reiche und Superreiche zur Verfügung stehen. Später dann könnten es sich auch die Ärmere leisten. Es sei wie bei den Klimaanlageanlagen im Auto, so Schönenberger: «Früher hatten nur teure Autos Klimaanlage. Dann stellte sich heraus: Das ist ein echter Benefit – und plötzlich wurden auch günstigere Modelle damit ausgerüstet.» Kleiner, aber wichtiger Unterschied: Im Auto schwitzten Ärmere länger, bei der medizinischen Versorgung sterben sie früher.

Vania Alleva: «Bitte geht Nein stimmen. Es ist wichtig!» Seite 2

# Autobahn-Abstimmung: Über 7 Milliarden für Röstis Klientel Vergangenheitsminister im Zukunftsdepartement

**Statt zukunftsgerichteter Lösungen gegen Stau will Bundesrat Röstli die Autobahnen ausbauen und damit wohl für noch mehr Stau sorgen. Doch damit nicht genug: Der Ausbau könnte eine Erhöhung der Benzinpreise zur Folge haben.**

IWAN SCHAUWECKER

Bundesrat Albert Röstli verhehlt nicht, dass ihm der Autobahnausbau eine Herzensangelegenheit ist. Er sagt: «Die Autobahnen sind die Lebensadern.» Und stellt dann die Frage: «Sind wir es der nächsten Generation nicht schuldig, dass wir ihr eine gute Verkehrsinfrastruktur hinterlassen?»

## STAU IM KOPF

Als Umweltminister müsste sich Röstli eher die Frage stellen, ob er der nächsten Generation einen bewohnbaren Planeten hinterlassen wolle. Denn er lenkt sein Umwelt-, Verkehrs- und Energiedepartement (UVEK) konsequent mit den Rezepten und Technologien der Vergangenheit für zukünftige Desaster. So tritt er auf das Gaspedal für die Interessengruppen, die er auch als SVP-Präsident vertreten hat: Damals war er unter anderem Präsident der Automobilimporteure Auto-Schweiz, Präsident von

Swissoil, Vorsteher der Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves) sowie Vorstandsmitglied von Strasseschweiz.

Die Professorin, Klimaaktivistin und Gewerkschafterin Julia Steinberger, die sich gegen den Ausbau der Autobahnen einsetzt, sagt dazu: «Röstli hat nie aufgehört ein Lobbyist der Auto-, Öl- und Atomschweiz zu sein.» Deshalb sei die Klimabewegung jetzt voll mit Abwehrkämpfen beschäftigt, und eine zukunftsgerichtete Verkehrs- und Energiepolitik werde durch Bundesrat Röstli weiterhin verzögert. Auch die SP, die Grünen und die GLP sind gegen einen Ausbau der Autobahnen.

Tatsächlich gibt es auch bei wachsender Bevölkerung zukunfts-trächtige Rezep-

te zur Reduktion des Staus: Das Bundesamt für Raumplanung (ARE) liefert in den «Verkehrsperspektiven 2050» die Grundlagen für die Planung einer nachhaltigen Mobilität der Zukunft. In diesem Szenario wird der Güterverkehr auf die Schiene verlagert, es gibt Elektro-Sammeltaxis, KI-gesteuertes Staumanagement, exklusive Spuren für Fahrzeuge mit mehr als einer Person und Schnellstrassen für Elektrowelos. Und der öffentliche Verkehr wird in den urbanen Räumen ausgebaut. Deshalb ist



«WISSENSCHAFTLICHER KONSENS, SICHER NICHT»: Albert Röstli setzt sich mit seiner Verkehrspolitik für seine Klientel aus Auto- und Öllobby ein. FOTO: KEYSTONE

Insbesondere auch Handwerksleute, Kuriere und Lastwagenfahrerinnen, die bereits heute zu oft im Stau stehen, würden schon wenige Jahre nach dem Ausbau wieder in neuen Staus feststecken.

Und der Ausbau kostet viel: mindestens 7,1 Milliarden Franken, wenn Teuerung und Mehrwertsteuer einge-

**Der Ausbau könnte zu einer Erhöhung der Benzinpreise führen.**

rechnet würden, schreibt das Konsumentenmagazin K-Tipp. Im Abstimmungsbüchlein ist nur von 4,9 Milliarden Franken die Rede. Würde dieses Geld statt in den klimaschädlichen Autobahnausbau in den ökosozialen Umbau investiert, könnten nachhaltige Aufträge für die Baubranche entstehen und damit Tausende zukunftsgerichtete Arbeitsplätze geschaffen werden.

## WIRD DAS BENZIN TEURER?

Die Kosten des Autobahnausbaus könnten auch zu einer Erhöhung der Benzinpreise führen, denn der Ausbau wird durch die Mineralölsteuer aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) finanziert. Wegen der zunehmenden Anzahl von Elektroautos sind die Einnahmen für diesen Fonds seit einigen Jahren rückläufig. Doch Röstli redet das schön: «Ich verspreche, dass wir für diesen Ausbau die Benzinpreise nicht erhöhen müssen.» work bleibt dran.

## ABSTIMMUNG

### NEIN ZUM AUTOBAHN-AUSBAU

Bundesrat und Parlament wollen die Autobahnen auf folgenden Teilstrecken ausbauen:

- A1 zwischen Le Yveron und Nyon
- A1 zwischen Bern Wankdorf und Schönbühl
- A1 zwischen Schönbühl und Kirchberg
- A2 bei Basel (neuer Rheintunnel)
- A4 bei Schaffhausen (2. Röhre Fäsenstautunnel)
- A1 bei St. Gallen (3. Röhre Rosentunnel)

Gegen das Projekt haben rund 30 Verbände unter der Führung des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS) das Referendum ergriffen. Unterstützt werden sie von der SP, den Grünen und den Grünliberalen. (isc)

# Das System DPD: Zwei Ex-Chefs packen aus «Diese Firma müsste man schliessen!»



**DIE LEIDTRAGENDEN:** DPD-Mitarbeitende müssen ausbaden, was die Teppichetage verbockt. FOTO: KEYSTONE

**Da wird einiges klar: Ehemalige Kaderleute reden erstmals öffentlich über das System DPD. Ihre Aussagen zeichnen einen direkten Weg von bizarren Managemententscheidungen zur Ausbeutung der Fahrerinnen und Fahrer.**

CHRISTIAN EGG

Eric Liechti\* braucht den Satz mehrmals: «Das kann gar nicht aufgehen!» Der Kadermann weiss, wovon er spricht. Jahrelang sass er im obersten Management von DPD, der grössten privaten Paketzustellerin der Schweiz. Vor gut drei Jahren enthüllte die Unia haarsträubende Zustände: Arbeitstage von zwölf und mehr Stunden, chronisch überladene Lieferwagen, willkürliche Lohnabzüge. DPD wies die Kritik stets weit von sich. Doch jetzt bestätigen ehemalige Top-Leute des Unternehmens: Genau so war es. Und heute ist es kaum besser. Ihre Schilderungen erlauben erstmals einen Blick hinter die Kulissen.

## 1 WELTFREMDE VORGABEN: DAS MANAGEMENT

Bei DPD bekommt jede Fahrerin, jeder Fahrer eine sogenannte Tour zugeteilt. Ein Gebiet, in dem es Pakete auszuliefern und am Nachmittag abzuholen gilt. Je nach Wochentag und Saison sind das bis zu 200 Stops pro Tag. Doch laut Ex-Kadermann Liechti wurden die Touren rein auf dem Papier entworfen: «Da ist nie jemand mitgefahren und hat die Zeit gestoppt.» Die Folge: In den meisten Fällen sei eine Tour in den knapp neun Stunden, die im Arbeitsvertrag stehen, «nicht machbar».

Beispiele für weltfremde Vorgaben und Entschiede der DPD-Spitze gebe es noch und noch, so Liechti. Etwa bei den Tarifen. So habe man mit dem Nahrungsmittelkonzern Nestlé die Auslieferung für nur gerade 4 Franken 50 pro Paket vereinbart. Dabei koste DPD schon nur das Sortieren eines Pakets rund 3 Franken, das Ausliefern zusätzlich 2 bis knapp 4 Franken. «Solche Tarife können gar nicht aufgehen!»

Auch handle DPD mit Firmen einen fixen Tarif pro Paket aus, unabhängig vom Gewicht. «Es ist doch jedem klar, dass schwere Pakete mehr Arbeit machen!» Als Folge dieser Preispolitik nutzen Firmen aus der Autobranche DPD, um Pneu oder ganze Räder billig zu verschicken. Buchstäblich auf dem Rücken der DPD-Mitarbeiter:

Sowohl Fahrer ([rebrand.ly/workdpd](https://rebrand.ly/workdpd)) als auch Logistiker ([rebrand.ly/aufpassen](https://rebrand.ly/aufpassen)) berichteten work von Paketen, die 40, manchmal gar 50 Kilo schwer sind. Das ist illegal. Maximal zumutbar laut Seco sind 25 Kilo.

Eine weitere Vorgabe der Teppichetage: Bei den Paketen, die gegen Unterschrift ausgeliefert werden müssen, verlangt DPD an jedem Tag eine fixe Quote an erfolgreichen Zustellungen. Laut Liechti um die 90 Prozent, klar kommuniziert worden sei die Zahl nie. Völlig absurd sei das: «Der Fahrer kann ja nicht beeinflussen, ob die Leute zu Hause sind.» Die DPD-Führung, so der Insider, wisse haargenau, dass ihr Geschäftsmodell mit normalen Arbeitsstunden und gesetzeskonformen Praktiken nicht funktionieren würde. Dass sie trotzdem daran festhalten könne, habe mit den Subunternehmern zu tun.

## Subunternehmen machen die Drecksarbeit.

2 VERSCHAUKELT UND VERTRÖSTET: DIE SUBUNTERNEHMER

Sie sind der Dreh- und Angelpunkt im System DPD. Fahrerinnen und Fahrern, die einen guten Job machen, bietet das Unternehmen an, eine Stufe aufzusteigen. Denn von den rund 900 Fahrerinnen und Fahrern in den weiss-roten Lieferwagen sind derzeit etwa 700 nicht direkt bei DPD angestellt, sondern bei einem von insgesamt 65 Subunternehmen. Sie sind es, die für den Konzern die Drecksarbeit machen müssen. Indem sie Fahrerinnen und Fahrer fast täglich zu Gratis-Überstunden nötigen und ihnen Geldstrafen vom Lohn abziehen. Sie müssen die Fahrzeuge kaufen, die oft überladen und in bedenklichem Zustand durch die Schweiz fahren. Auf dem Papier sind sie die Arbeitgeber, nicht DPD.

Sebastian Widmer\* war Leiter eines DPD-Depots und somit verantwortlich für mehrere Subunternehmer. Er sagt: «Es war allen klar: Wir haben die Subunternehmer, um die Verantwortung abzuschieben.» Widmer kritisiert auch die Rekrutierung von neuen Subunternehmern. Interessenten sei nicht klar gesagt worden, was an Verantwortung und Kosten alles auf sie zukomme. Auch habe DPD nicht abgeklärt, ob die Person überhaupt qualifiziert sei: «Ob einer das Rüstzeug hat, eine Firma und Mitarbeitende zu führen, das spielte keine Rolle.»

Laut dem ehemaligen DPD-Subunternehmer Djevit D. betragen die Kosten einer Tour, einschliesslich Löhnen und Versicherungen, etwa 10000 Franken im Monat. Er sei aber am Schluss von DPD nur noch mit 6500 bis 7200 Franken pro Tour entschädigt worden, so D. Ende Oktober im

## Das sagt DPD: «Falsch»

DPD weist alle Kritik weit von sich. Die von der Unia, von work und anderen Medien seit Jahren dokumentierten Missstände wie überlange Arbeitszeiten, überladene Lieferwagen oder Pakete weit über 25 Kilo seien «falsch bzw. betreffen Einzelfälle und Ausnahmen», so der Konzern in einer schriftlichen Stellungnahme.

**KEINE ERLÄUTERUNG.** Auch die Entlassung von mehreren Depotleitern und das daraus resultierende Klima der Angst sei «falsch und widerspricht dem Feedback, das DPD von den Kadermitarbeitenden regelmässig einholt.» Die Zahlen, die Ex-Subunternehmer Djevit D. im «Kassensturz» vor laufender Kamera offenlegt, entsprächen «nicht der Wahrheit». Dasselbe schreibt DPD zu allen hier zitierten kritischen Aussagen der beiden Ex-Kadermitglieder, jedoch ohne die eigene Darstellung näher zu erläutern. (che)

SRF-«Kassensturz». Die beiden Firmen des einstigen Vorzeige-Subunternehmens mit insgesamt 20 Fahrern sind heute in Konkurs. Der 45-jährige sagt: «Ich habe meine Gesundheit kaputtgemacht, meine Familie vernachlässigt. Heute frage ich mich: wofür?»

Auch Konkurse von Subunternehmern seien Teil des Systems DPD, sagt Ex-Kadermann Eric Liechti: «Wenn die merkten, dass es nicht rentierte, haben wir sie vertröstet und auf Zeit gespielt. Bis sie umgefallen sind.»

## 3 WIE EINE SEKTE: DER CEO UND SEINE JÜNGER

Profiteur des Systems DPD ist zum einen die Eigentümerin. Es ist die französische Post, zu hundert Prozent in Staatsbesitz. Laut einer Schätzung fliessen pro Jahr 5 bis 6 Millionen Franken Gewinn nach Frankreich ab. Zum anderen die Schweizer Geschäftsleitung, mit sechsstelligen Jahressalären plus Bonus, angeführt von CEO Tilmann Schultze (58).

Ex-Kadermann Eric Liechti sagt, die Führungsriege wolle keine offene Diskussion. Vorschläge, etwas zu ändern, würden abgeblockt. «Es gilt: Du bist mit uns oder gegen uns. Es kam mir je länger, je mehr vor wie eine Sekte.» Für Schultze stehe Loyalität an erster Stelle, «weit vor Sachverstand», kritisiert der Ex-Manager.

Mehr noch: Schultze neige zu Wutausbrüchen. Einen Mitarbeiter, der einen Termin vergessen hatte, habe der Chef vor anderen angeschrien. All dies habe in der Teppichetage ein Klima der Angst geschaffen. Nicht ohne Grund. Wer aufmuckte, musste mit Konsequenzen rechnen. So hätten mehrere Depotleiter mit Zahlen aufgezeigt, dass die Rechnung nicht aufgehe. Liechti: «Es ging jeweils nicht lang, und sie waren ihren Posten los.»

Heute ist für ihn klar: «Diese Firma müsste man schliessen.» Mit DPD will er nichts mehr zu tun haben. Auch nicht privat. Wenn ein Päckli per DPD geliefert wird, verweigert er die Annahme. Gibt dem Fahrer die Unterschrift, die er braucht, und drückt ihm einen Fünfliber in die Hand. Dann rufe er die Firma an, bei der er bestellt habe: «Ich sage, ich wolle keine DPD-Pakete, sie sollen es bitte mit der Post schicken.»

Panik und Versteckis: So reagierte der DPD-Chef auf die Enthüllung der Unia. Jetzt auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch).



**work**  
**kommentar**  
Parzival Meister

## DIE BLENDER AN DER MIGROS-SPITZE

Die Migros wird günstiger. Das war eine von drei grossen Ankündigungen, die der Schweizer Detailhändler letzte Woche gemacht hat – neben dem Plan, 140 neue Filialen zu eröffnen und die bestehenden zu modernisieren. Dies alles, nachdem er vor kurzem damit begann, 1500 Stellen zu vernichten.

**Der Detailhändler will nur eines: Marktanteile zurückgewinnen.** Doch bleiben wir bei der Preissenkung. 1000 Produkte des täglichen Bedarfs sollen künftig so günstig wie im Discounter sein. 500 Millionen Franken lässt sich der Konzern diese Preissenkungen in den nächsten fünf Jahren kosten. Die Migros könne sich das leisten, sagte Ursula Nold, Präsidentin des Migros-Genossenschaftsbundes. Daran besteht kein Zweifel. Die Migros kann sich das definitiv leisten. Zweifel sind eher dahingehend angebracht, wem dieser Schritt nutzen soll. Etwa uns Kundinnen und Kunden?

**EIN MARKETING-TRICK.** Stehen wir tatsächlich im Zentrum der Überlegungen des Migros-Managements? Quatsch. Der Detailhändler will nur eins: Marktanteile zurückgewinnen. Wir sehen hier eine Marketing-Offensive, die dazu führen soll, dass die Migros in Zukunft wieder Rekordgewinne schreibt. Der Detailhändler handelt nicht anders als jedes x-beliebige gewinnorientierte Unternehmen. Bezeichnend ist, wann Migros jeweils handelt. Etwa bei den Löhnen der Búezerinnen und Búezer: Es war Ende 2020, als Discounter Aldi seine Mindestlöhne auf 4440 Franken (x 13) anheb. Warum war es nicht Migros, die bei den Löhnen mit gutem Beispiel voranging? Die Migros-

Gruppe erzielte 2020 immerhin einen Gewinn von 555 Millionen Franken. Und nun senkt Migros die Preise. Warum kündigte der Detailhändler das nicht nach dem Gruppengewinn von 459 Millionen Franken im Jahr 2022 an? Migros macht diesen Schritt nach einem Gewinneinbruch («nur» noch 175 Millionen). Dann also, wenn sie unter Zugzwang steht.

**DA HILFT AUCH BETEN NICHT: Migros-Boss Mario Irminger.** FOTO: KEYSTONE

**EIN VORSCHLAG.** Lange war Migros in der Schweiz das Unternehmen mit dem besten Ruf. Im jährlichen Ranking des Marktforschungsunternehmens GfK ist die Migros aber vom Thron gestürzt. Will sie zu altem Glanz zurück, braucht es mehr als ein paar Managementtricks. Die Migros müsste sich vielmehr auf Werte rückbesinnen, wie sie Firmengründer Gottlieb Duttweiler einst formulierte. Dazu gehörte der Grundsatz: «Die Löhne und Saläre (...) müssen vorbildlich sein.» Also, liebe Migros: Wie wäre es mit einem Gesamtarbeitsvertrag für eure Arbeitnehmenden, der die ganze Branche unter Zugzwang setzt?

\*Namen geändert



DANIEL LAMPART IST IN DER AUSSAGE KNALLHART: «Zwei der schlechtesten Entwicklungen der letzten dreissig Jahre sind die Einführung des Manager-Systems und die Schaffung der Human-Resources-Abteilungen.»

# SGB-Chefökonom Daniel Lampart im grossen work-Gespräch

## «Armer Staat? Die Kantone haben uns das Geld weggenommen!»

**Daniel Lampart ist Chefökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Mit work redet er über verstockte Arbeitgeber, traumatisierte Bürgerliche und einen Staat, der im Geld schwimmt.**

CLEMENS STUDER | FOTOS YOSHIKO KUSANO

**work:** Daniel Lampart, nach zwei Erfolgen an der Urne, wie geht es Ihnen?

**Daniel Lampart:** Es geht mir wunderbar. Politisch ist es ein hervorragendes Jahr. Mit der Mehrheit der Stimmberechtigten eine AHV-Rentenerhöhung durchzubringen und ein paar Monate später eine Rentenverschlechterung bei den Pensionskassen abzuwehren, das gibt ein gutes Gefühl. Denn beides führt dazu, dass es den Menschen bei der Altersvorsorge bessergesht. Ausserdem dürfte jetzt im Bundeshaus niemand mehr Lust haben, in der Sozialpolitik etwas gegen die Arbeitnehmenden oder gegen Menschen mit unteren und mittleren Einkommen zu unternehmen. Zumindest nichts, bei dem eine Volksabstimmung nötig wird.

**Die vielbeschworenen «historischen Siege» also?**

Man sollte mit dem Begriff «historisch» ja vorsichtig sein, aber bei der 13. AHV-Rente ist er definitiv angebracht. Das ist eine super Ausgangslage für unsere weiteren Vorhaben. Die Kaufkraft bleibt dabei ein zentrales Thema.

**Bei der Altersvorsorge konnte die Situation in der AHV verbessert und eine Verschlechterung beim BVG verhindert werden. Bei den Lohnabhängigen summiert sich der Kaufkraftverlust aber zu teilweise existentiellen Summen.**

Leider, ja. Zugespielt gesagt: Was wir an der Urne erreicht haben, haben wir in den Lohnrunden bisher nicht geschafft. Dabei sind die wirtschaftliche Lage und die Situation der meisten Firmen gut bis sehr gut. Das Geld ist definitiv vorhanden, denn die Firmen konnten höhere Preise durchsetzen. Normalerweise war es bisher so, dass wenn Unternehmen höhere Preise durchsetzen konnten, auch die Löhne entsprechend stiegen. Das wird jetzt in Frage gestellt. Wir haben es mit Arbeitgebern zu tun, die sehr hart in die Lohnrunde eingestiegen sind. Das war früher anders.

**Manager sind oft austauschbare Opportunisten.**

Das bedeutet, wir müssen neue Antworten entwickeln. Die Menschen haben diese Lohnerhöhungen verdient und brauchen sie auch. Das heisst aber auch, dass wir die Lohnverhandlungen teilweise völlig anders führen müssen. Wir müssen noch kämpferischer auftreten, uns noch besser koordinieren, und es braucht noch mehr direktes Engagement von den Arbeitnehmenden selbst. Wenn wir diese Lohnrückstände konsequent aufholen wollen, wird sich die Art und Weise, wie wir Löhne verhandeln, deutlich verändern müssen.

**Und welche Schlüsse ziehen Sie daraus?**

Das bedeutet, wir müssen neue Antworten entwickeln. Die Menschen haben diese Lohnerhöhungen verdient und brauchen sie auch. Das heisst aber auch, dass wir die Lohnverhandlungen teilweise völlig anders führen müssen. Wir müssen noch kämpferischer auftreten, uns noch besser koordinieren, und es braucht noch mehr direktes Engagement von den Arbeitnehmenden selbst. Wenn wir diese Lohnrückstände konsequent aufholen wollen, wird sich die Art und Weise, wie wir Löhne verhandeln, deutlich verändern müssen.

**Was Chefs sollten: «Leute nicht vom Arbeiten abhalten, dann kommt's gut»**

Das ganze Gespräch mit Daniel Lampart finden Sie auf [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). Dort spricht Lampart auch über den ökosozialen Umbau und die Stimmung in den Betrieben. Dazu sagt er: «Ich glaube, das Beste für die Schweizer Wirtschaft wäre, die Leute arbeiten zu lassen, statt dass die Chefs sie mit unnützen Ideen, die sie im Managementkurs gelernt haben, von der Arbeit abhalten.» (cs)



KEIN VERSTÄNDNIS FÜR DIESES VERSAGEN: «Wer sein Kind in die Schule schickt, hat keine Garantie, dass es von einer ausgebildeten Lehrerin unterrichtet wird.»



**Worauf führen Sie die verhärtete Haltung der Arbeitgeberseite zurück?**

Ich sage jeweils nur halb im Scherz: Zwei der schlechtesten Entwicklungen der letzten 30 Jahre sind die Einführung des Manager-Systems und die Schaffung der Human-Resources-Abteilungen. Dadurch hat man es am Verhandlungstisch nicht mehr mit Menschen zu tun, die echte Verantwortung in den Betrieben tragen. Denn diese Manager sind oft austauschbare Opportunisten, man muss es so deutlich sagen. Sie agieren sehr kalt und sind hauptsächlich auf die eigene Karriere bedacht. Die HR-Abteilungen fungieren dabei häufig als Puffer oder Schutzschild der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmenden.

**Und die Gewerkschaften haben keine Fehler gemacht?**

Wir haben uns offenbar zu viel bieten lassen. Und wir waren wohl nicht schnell genug: Wir haben es jedenfalls nicht geschafft, rechtzeitig für den Teuerungsausgleich zu mobilisieren, als die Teuerung einsetzte. Das müssen wir jetzt nach und aufholen.

**Nach den Lehrbüchern der bürgerlichen Ökonomie müsste die Verhandlungsposition der Arbeitnehmenden angesichts des viel beklagten Fachkräftemangels eigentlich sehr gut sein.**

Korrekt! Und tatsächlich sind Arbeitskräfte gesuchter, und einzelne bekommen auch mehr Lohn. Teilweise verdienen jüngere, die neu in ein Unternehmen kommen, fast gleich viel wie ihre erfahreneren Kolleginnen und Kollegen, die ihnen die Arbeit beibringen müssen.

**Mit welchen Auswirkungen auf das Betriebsklima?**

Das führt verständlicherweise zu Unmut und schlechter Stimmung. Das ist ein Problem, das die Arbeitgeber unterschätzen. Aber wir verhandeln in erster Linie für diejenigen, die bereits im Betrieb sind, nicht für Neueinsteigende. In einer Phase wie dieser ist es klar unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich der Arbeitskräftemangel auch in höheren Löhnen niederschlägt. Aber wir sind dabei auf die

Arbeitgeber angewiesen. Wenn die sich partout weigern, dann müssen wir ihnen erst einmal beibringen, dass sie kooperieren müssen.

**Und wie?**

Das gewerkschaftliche Repertoire ist sehr breit gefächert. Es beginnt mit klaren Forderungen und gut vorbereiteten Verhandlungen. Am Ende steht dann irgendwann der Streik. Aber zwischen konstruktiven Verhandlungen und Streik gibt es noch sehr viele Möglichkeiten. Das reicht von koordinierten Gesprächen einzelner Arbeitnehmender mit ihren Vorgesetzten über die Abstimmung zwischen verschiedenen Firmen, in denen verhandelt wird, bis hin zu Protestpausen. Ich denke, wir müssen von diesem Repertoire wieder stärker Gebrauch machen, ohne gleich zum Streik greifen zu müssen.

**In den offiziellen politischen Debatten scheint die Kaufkraft der grossen Mehrheit ein kleines Problem zu sein. Lieber sprechen die bürgerliche Mehrheit und der Bundesrat vom kurz vor dem Bettelstock stehenden Bund. Und streicht möglichst alles zusammen, was den Anschein hat, sozial zu sein oder ökonomisch ausgleichend. Sehen Sie da einen Zusammenhang?**

Wenn die Bevölkerung abstimmt, zeigt sich, dass soziale Fortschritte durchaus möglich sind. Das ist sehr positiv. Aber wir haben eine Regierung und ein Parlament, das sehr weit weg von der Bevölkerung politisiert. Neu ist, dass wir zum ersten Mal meistens ein 4-zu-3-Verhältnis von FDP und SVP gegen Mitte und SP in unserem Bundesrat haben.

**Wie wirkt sich das politisch aus?**

Die SVP hat eine Stellung, die sie nicht einmal zu Bachers Zeiten im Bundesrat hatte. Es ist erschreckend zu sehen, wie Bundesrat und Parlament in vielen Bereichen Politik gegen die Arbeitnehmenden machen. Allein schon, dass bei der AHV der Teuerungsausgleich in Frage gestellt wurde. Wir sehen laufend und geplante Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, also des Arbeitsgesetzes. Das sind völlig neue Entwicklungen. Wir wissen zwar die Bevölkerung auf unserer Seite, aber wir wollen ja vorwärtskommen. Arbeit, Familie und Freizeit müssen nebeneinander Platz haben. Wir hoffen, dass dieses Jahr eine Lehre für Bundesrat und Parlament war!

**Wenn wir ganz konkret die vom Bundesrat geplante Finanzierung der 13. AHV-Rente ausschliesslich über die Mehrwertsteuer anschauen, sieht es nicht gerade so aus, als hätten sich die Damen und Herren sehr beeindrucken lassen.**

Das stimmt. Aber man muss auch sagen, für unsere Gegnerinnen und Gegner war das Volks-Ja zur 13. AHV-Rente ein Riesenschok, regelrecht traumatisch. Unser Erfolg ist für sie schwer zu akzeptieren.

**Wie äussert sich dieses bürgerliche «AHV-13-Trauma»?**

Nach der Abstimmung hiess es von rechts sofort: «Wir finanzieren das nicht!» Es gibt immer noch Leute im Parlament, die das sagen. Dann folgte: «Lassen wir doch nochmals übers höhere Rentenalter abstimmen oder verknüpfen die 13. Rente mit einem unsozialen Finanzierungsvorschlag. Und wenn die Abstimmung dann nicht in unserem Sinne ausgeht, schaffen wir den AHV-Dreizehnten wieder ab.» Das ist maximal aggressiv. Aber es ist klar, die 13. Rente muss finanziert werden. Sie kostet etwas. Das haben wir immer gesagt, und zwar möglichst über Lohnbeiträge, weil das am sozialsten wäre. Sonst gibt es Defizite und damit auch Druck auf die Leistungen. SVP und FDP verweigern hier im Parlament die Arbeit. Doch sie vergessen dabei, dass die AHV-Defizite aus der Bundeskasse bezahlt werden müssen, wenn das Parlament keine Lösung findet. Die Altersvorsorge ist eines der aktuellen politischen Handlungsfelder, ein anderes ist die Zusammensetzung der Arbeit (verkürzt: wer was genau arbeitet und wie viel das einbringt). Die funktioniert ja, wie wir wissen, nur dank Zuwanderung.

**Und da gibt es gleich zwei Entwicklungen. Auf der einen Seite nimmt die SVP mit ihrer 10-Millionen-Initiative einen neuen Anlauf, die Personenfreizügigkeit mit der EU abzuschaffen. Auf der anderen Seite scheinen die bürgerlichen Parteien und Teile der Arbeitgeber immer noch damit zu liebäugeln, den Schweizer Lohnschutz über die Bande eines Rahmenabkommens zu schwächen. Wo stehen die Gewerkschaften?**

Wir Gewerkschaften setzen uns dafür ein, dass alle, die hier im Land sind, stabile und sichere Aufenthaltsbedingungen haben. Das ist das Wichtigste

beim Migrationsrecht, nur dann kann man sich überhaupt wehren, nur dann gibt es gute Arbeitsbedingungen. Wir kennen das von früher, als das nicht so war: Schwarzarbeit und schlechte Löhne waren die Folge des unmenschlichen Saisoniersstatus. Andererseits müssen die flankierenden Massnahmen auch den Schweizer Arbeitnehmenden nützen. Da besteht ein enormer Handlungsbedarf bei den Löhnen. Aber es gibt auch eine Reihe anderer notwendiger Verbesserungen.

**Zum Beispiel?**

Nehmen Sie die Kinderbetreuung oder das Wohnen – da haben wir offensichtlich riesige Lücken. Es läuft sogar in die falsche Richtung, das ist das Schlimmste. Wir haben im reichsten Land der Welt eine Krise des Service public.

**Eine Krise des Service public? Übertreiben Sie hier nicht? Bei allen Herausforderungen: Ich kann jederzeit ins Spital gehen, die Kinder besuchen die Schule, und die SBB fahren mich in der Regel sicher von A nach B.**

Wir haben so viel Geld wie noch nie. Trotzdem haben wir Spitäler, die kurz vor dem Konkurs stehen oder massive Finanzierungsprobleme haben – bis hin zu einem der Spitzenspitäler wie dem Inselspital. Und wer heute sein Kind in die Schule schickt, hat keine Garantie, dass es von einer ausgebildeten Lehrerin oder einem ausgebildeten Lehrer unterrichtet wird. Das ist ein enormes Versagen, einerseits auf Bundesebene, aber besonders stark auf Kantonebene. Die Kantone haben zum Beispiel nicht genügend Lehrkräfte ausgebildet. Und sie haben nicht dafür gesorgt, dass ihre Spitäler solide finanziert sind.

**Wo setzen die Kantone denn stattdessen ihre Prioritäten?**

Sie haben uns das Geld weggenommen, ihre Kassen gefüllt, Überschüsse gemacht und teilweise Steuern für Leute gesenkt, die es nicht nötig hatten. Das sind keine Investitionen in die Zukunft. Was die Arbeitnehmenden brauchen, sind aber solche Investitionen in die Zukunft – für sich und für ihre Kinder. Und das Geld dafür ist definitiv vorhanden.

Fortsetzung auf Seite 12

# Kein Teuerungsausgleich für Verkäuferinnen Coop lässt Verhandlungen für bessere Löhne scheitern

**Zwischen Coop und den Gewerkschaften sind die Lohnverhandlungen für 2025 ohne Einigung zu Ende gegangen. Der Konzern lehnt den vollen Teuerungsausgleich ab.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Teuerung frisst unsere Löhne weg. Das bekommen besonders jene zu spüren, die in Tieflohnbranchen angestellt sind. Alleine für das kommende Jahr lag die Teuerungsprognose im September bei 1,2 Prozent. Wer mit einem niedrigen

**Faktisch lässt Coop die Reallöhne schrumpfen. Das Resultat: Geldsorgen bis in den Mittelstand.**

Lohn auskommen muss, spürt jeden Franken mehr, den wir für Krankenkassen, Mieten und Lebensmittel abdrücken müssen.

Auch der Detailhandel ist eine Tieflohnbranche. Deshalb war es für die Unia wichtig, in den laufenden Lohnverhandlungen mit Coop den vollen Ausgleich der Teuerung sowie eine Realloohnerhöhung zu

erzielen. Doch der Konzern blockte ab, die Verhandlungen entpuppten sich als harzig.

Das erste Angebot von Coop: Erhöhung um 0,5 Prozent der individuellen Löhne. Die Gewerkschaften Unia, Syna/OCST und der Kaufmännische Verband lehnten dieses Angebot ab. Nach längerem Hin und Her verdoppelte Coop schliesslich auf eine Erhöhung um 1 Prozent – und das generell für das gesamte dem Coop-GAV unterstellte Personal. Trotzdem sagt Anne Rubin, Co-Leiterin des Detailhandels bei Unia: «Ungenügend!» Denn wegen der Teuerung hätten die Leute damit real immer noch weniger im Sack als bisher.

## TEUFELSKREIS TEUERUNG

Die vergangenen Verhandlungen hatten aber auch eine positive Seite: Unter dem Druck der Gewerkschaften kam Coop weg von individuellen Lohnerhöhungen und gewährte nun eine generelle Lohnerhöhung. So profitieren nicht nur einzelne, oft nach Gutdünken der Vorgesetzten ausgewählte Mitarbeitende, sondern die Gesamtheit des Personals. Eigentlich logisch. Denn auch die Teuerung trifft schliesslich alle.

Coop hat somit knapp den Teuerungsausgleich verfehlt. Und genau das zeigt den Teufelskreis auf, in

dem viele Búezerinnen und Búezer stecken: Zwar heben die Arbeitgeber die Löhne immer mal wieder ein wenig an. Aber fast nie in einem Ausmass, das mit der Teuerung mithalten

**Unter dem Druck der Gewerkschaften gewährt Coop nun generelle Lohnerhöhungen.**

ten könnte. Faktisch lässt Coop also die Reallöhne schrumpfen. Das Resultat: ernsthafte Geldsorgen bis in den Mittelstand. «Dass zum Beispiel die Mieten heute einen Drittel des Haushaltsbudgets ausmachen, das ist die Realität ganz vieler Lohnabhängiger», so Rubin.

Dabei ist klar: Coop geht es finanziell gut. Das Unternehmen steigerte den Umsatz und den Jahresgewinn weiter. Doch für jene, die diese Steigerung erarbeiteten, soll es nicht reichen? Die Mitarbeitenden sprechen von Personalmangel, enormem Leistungsdruck und grosser Flexibilität nach dem Gusto der Vorgesetzten. Der Tenor der Coop-Angestellten ist klar: «Wir brauchen mehr!»

## WEITER GEHT'S!

Für Coop-Angestellte und aktive Gewerkschaftsmitglieder ist klar:

Jetzt geht's weiter! Und der Forderungskatalog ist lang: Anerkennung der Dienstjahre, bessere Vereinbarkeit von Privat- und Arbeitsleben, mehr Mitspracherechte und ein griffiger Gesundheitsschutz.

Dazu sagt Gewerkschafterin Anne Rubin: «Die täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten der Coop-Angestellten sind sehr lange. Das ist ungesund – auf physischer und auf psychischer Ebene. Wir müssen ein besonderes Augenmerk auf die Stressreduktion und den Gesundheitsschutz legen.»

Dazu bietet sich schon bald die Gelegenheit. Im Februar 2025 gehen die Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit dem Detailhändler los.



HOCH DIE LÖHNE: Coop-Verkäuferin an der Lohndemo in Bern. FOTO: WORK

# «Armer Staat? Die Kantone haben uns das Geld weggenommen»

Fortsetzung von Seite 11

**Da sagt Finanzministerin Karin Keller-Sutter aber ganz etwas anderes. Sie rechnet die Schweiz arm.**

Die Frage ist doch: Stimmt diese Rechnung überhaupt? Wir sind sehr erstaunt über die Analyse von Bundesrätin Keller-Sutter. Tatsache ist: Der Schweizer Staat hat mehr Vermögen als Schulden. Viele Kantone und Gemeinden haben riesige Überschüsse gemacht – auch von den Steuern der Arbeitnehmenden. Gleichzeitig haben sie bei Prämienverbilligungen, Schulen und Spitälern gespart. Das Geld liegt also in den öffentlichen Kassen. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand auf Kosten der Bevölkerung Vermögen anhäuft. Jede und jeder von uns hat bei der öffentlichen Hand ein Sparkonto von 12 000 Franken. Das ist völliger Unsinn. Anders gesagt, das letzte Problem, das wir haben, um den Service public zu gewährleisten, ist das Geld. Geld ist überhaupt kein Problem.

**Wenn Geld nicht das Problem ist – was dann?**

Wir haben schon bei Covid gesehen, dass einige Kantonsregierungen die Probleme nicht im Griff haben. Und sie haben sich durch Wegschauen zusätzliche Probleme aufgehalst. Das wirft grundsätzliche Fragen auf. Aber im Moment können wir das nicht ändern, und die Kantonsregierungen müssen das anpacken. Und die Gewerkschaften erwarten, dass sie das so schnell wie möglich tun. Es kann nicht sein, dass unsere Kinder nicht die beste Ausbildung und Betreuung erhalten. Es kann nicht sein, dass wir nicht die besten und effizientesten Spitäler der Welt haben.

**Was machen die Gewerkschaften konkret?**

Im Moment arbeiten wir an den Prämienverbilligungen. Zusammen mit den Parteien, die mit uns kooperieren, versuchen wir auf kantonaler Ebene höhere Prämienverbilligungen durchzusetzen. Ausserdem arbeiten wir mit den Lehrerinnen- und Lehrerverbänden daran, dass die Menschen, die den Lehrberuf ergriffen haben, eine möglichst gute Ausbildung erhalten und die Arbeitsbedingungen im Lehrberuf gut sind. Das ist eine gewerkschaftliche Aufgabe. Im Gesundheitswesen vertreten wir natürlich die Pflegenden. In der Pflege haben wir seit Jahren einen Notstand. Aber bei der Spitalfinanzierung sind



**BÖSE AUSSICHTEN: Daniel Lampart sagt, die 10-Millionen-Initiative werde unterschätzt.**

wir darauf angewiesen, dass die Kantonsregierungen handeln.

**Mehr Kaufkraft dank weniger Lohndruck und tieferen Mieten verspricht auch die SVP mit Ihrer 10-Millionen-Initiative. Ich habe das Gefühl, die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien nehmen das so wenig ernst, wie sie die Masseneinwanderungsinitiative ernst genommen haben.**

Es ist erschreckend, diese Initiative wird im Bundeshaus tatsächlich nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt. Dabei geht es jetzt relativ schnell: Was in dieser Initiative völlig unterschätzt wird: Es steht zwar «10-Millionen-Schweiz», aber die Probleme einer allfälligen Umsetzung beginnen bereits bei 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

**Warum 9,5 Millionen?**

Bei 9,5 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen müsste die Schweiz eine extrem harte, unmenschliche Flüchtlingspolitik machen. Und ab 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern hätte die Initiative für alle fatale Folgen. Die SVP-

Initiative gefährdet die Schweizer Löhne und würde die Arbeitsbedingungen generell erheblich verschlechtern.

**Wird die Initiative unterschätzt?**

Sie wird von Arbeitgeberverbänden und den bürgerlichen Parteien völlig unterschätzt. Die Gewerkschaften haben sich bereits an diese Arbeit gemacht. Wir – also die ganze Nicht-SVP-Schweiz – müssen uns dringend bereitmachen, diese Initiative zu bekämpfen.

**Was ist dazu aus Ihrer Sicht nötig?**

Arbeitgeberverbände und bürgerliche Parteien dürfen den wahren Sorgen der Menschen nicht länger die kalte Schulter zeigen. Wir haben jetzt über die Löhne gesprochen: Die Firmen profitieren von den Bilateralen, und die Arbeitnehmer müssen auch etwas davon haben. Ein weiteres Problem ist natürlich die Wohnsituation. Auch die ist erschreckend. Es gibt von den Mehrheiten im Bundesrat und dem Parlament keine Vorschläge, wie man das Wohnproblem entschärfen könnte. Was wir brauchen, ist bezahlbarer Wohnraum und mehr davon. Die öffentliche Hand muss ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir können uns das leisten, aber es ist ein grosser Kraftakt, eine Generationenaufgabe.

**Der Zusammenhang zwischen den Bilateralen und dieser Initiative ist ja sowohl von der SVP gewollt als auch realpolitisch nicht von der Hand zu weisen. Wie ist Ihre Einschätzung zum aktuellen Stand der Verhandlungen mit der EU?**

Die EU verhandelt sehr gut und knallhart. Die Schweiz nicht so gut. Wir sind wieder in einer Situation, wo Teile des Lohnschutzes auf dem Spiel stehen. Wir haben Arbeitgeber im Inland, die das Problem verwedeln. Also die Spitzen der Arbeitgeber, nicht das Gewerbe, nicht die Basis.

**Wo sehen Sie die Realitätsverweigerung der Arbeitgeberverbände konkret?**

Ein paar Beispiele: Statt die Probleme bei der Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Gesamtarbeitsverträgen zu lösen, gibt es Probleme beim Kündigungsschutz. In der Schweiz kann man Leute relativ einfach auf die Strasse stellen, wenn sie sich im Betrieb für etwas einset-

zen. Es gibt viele solcher Fragen, die im Raum stehen.

**Ein zentrales Problem ist die EU-kompatible Sicherung des Schweizer Lohnschutzes.**

Wir haben dazu viele Ideen. Man könnte etwa festlegen, dass nur Firmen Aufträge erhalten, die sich korrekt verhalten. Dann müsste man weniger kontrollieren. Bisher haben wir leider wenig Bewegung von Arbeitgeberseite gesehen.

**Könnte man sagen, dass die Verhandlungen mit der EU aus Gewerkschaftssicht auch ein innenpolitisches Problem sind?**

Es ist insofern ein innenpolitisches Problem, als dass die Schweiz einfach nicht gut ist in der Wahrnehmung der eigenen Interessen. Man darf der EU keinen Vorwurf machen, wenn sie für ihre Interessen eintritt. Das ist ihre Aufgabe, so wie wir Gewerkschaften für die Arbeitnehmenden kämpfen müssen. Aber die Schweiz sollte auch für die eigenen Interessen

**Die EU verhandelt gut und knallhart. Die Schweiz nicht.**

kämpfen, dann wäre die Chance grösser, dass es ein gutes Resultat gibt. Noch laufen die Verhandlungen, und noch ist zudem unklar, ob der Strommarkt liberalisiert werden muss – und damit die Preise so durch die Decke gehen würden wie in Deutschland. Ebenfalls unklar ist, was mit der Bahn geschehen wird. Teile des Service public sind also ebenfalls gefährdet. Das ist die Ausgangslage.

**Was sind die nächsten Schritte der Gewerkschaften?**

Wir werden jetzt sehen, was aus Brüssel zurückkommt. Ich muss sagen, es schaut nicht so gut aus. Wir werden das dann bewerten, alle Aspekte für die Arbeitnehmenden anschauen und kritisch würdigen. Danach werden wir unsere Position beziehen. Ich sehe nicht, wie man ein solches Verhandlungsergebnis akzeptieren könnte. Das braucht eine kritische Würdigung. Wir werden sehen, ob wir innenpolitisch etwas machen können oder nicht. Aber was bisher absehbar ist, ist definitiv nicht im Sinne der Arbeitnehmenden. Das wollen und müssen wir ändern!



**AUF ABWEGEN:** Den Teilnehmenden der Anti-WEF-Demo wurde 2023 gemäss Bundesgericht unrechtmässig die Sichtbarkeit genommen. Für Organisator Claudio Bernhard (unten rechts) ist das Urteil eine grosse Erleichterung. FOTOS: ZVG/SEPP DE VRIES

50 Stellen weg bei der Zehnder Group

## Sparprogramm auf Kosten der Mitarbeitenden

Die Zehnder Group will ihren Standort der Heizkörperproduktion in Gränichen AG schliessen und 50 Stellen streichen. Der Grund dafür: Fehlentscheide im Management.

IWAN SCHAUWECKER

Die Zehnder Group aus dem aargauischen Gränichen produziert mit weltweit 3500 Angestellten Lüftungen und Heizkörper. Insbesondere in Schweizer Badezimmern sind die Zehnder-Radiatoren weit verbreitet. Doch jetzt soll der Standort Gränichen in ein «Kompetenzzentrum für Innenraum-Klimasysteme» umgebaut und die Produktion der Heizkörper ab April 2025 aus der Schweiz nach Frankreich verlagert werden.

Marco Trevisan, Gewerkschaftssekretär der Unia Aargau-Nordwestschweiz, sagt: «Wir fordern für alle 50 betroffenen Personen, viele von ihnen langjährige Mitarbeitende, eine faire Anschlusslösung und keine Entlassungen.»

**HÖHERE LOHNKOSTEN.** Grund für die Schliessung der Produktion seien vor



**DIE BETROFFENEN:** Die Arbeitsplätze der Buezerinnen und Buezer in Gränichen werden ins Ausland verlagert. FOTO: KEYSTONE

allem die Lohnkosten, die im nordfranzösischen Werk Vaux-Andigny etwa einen Drittel tiefer sind als in der Schweiz.

Ungefähr 15 der insgesamt 50 betroffenen Mitarbeitenden in Gränichen können voraussichtlich in die Bereiche Service und Unterhalt wechseln, und die Mitarbeitenden im Alter von über 62 Jahren werden sich frühzeitig pensionieren lassen können. Aber auch für alle weiteren Mitarbeitenden fordern die Gewerkschaften Unia, Syna und der Kaufmännische Verband Schweiz einen kompletten Verzicht auf Entlassungen.

**SATTE GEWINNE.** Eine grosszügige Anwendung des Sozialplans wäre durchaus möglich. Denn die Eigentümerfamilie der Zehnder Group, die seit Generationen von Wachstum und Gewinnen profitiert, hält eine Mehrheit der Aktien und bestimmt über die Strategie des Unternehmens. Die Zehnder Group verfügt über Reserven von über 300 Millionen Franken, und die flüssigen Mittel stiegen im letzten Jahr um 12 Prozent auf mehr als 55 Millionen Franken. Zudem flossen in den letzten vier Jahren über 110 Millionen Franken an die Aktionärinnen und Aktionäre, unter anderem durch Aktienrückkäufe und Dividenden.

Das Sparprogramm, das aufgrund von fehlerhaften Entscheidungen im China-Geschäft eingeleitet wurde, sollte jetzt nicht auf dem Buckel der Mitarbeitenden stattfinden.

## WEF-Winterwanderung: Bundesgericht fällt wegweisendes Urteil

# «Unser Protest ist unser Recht!»

Die WEF-Winterwanderung ist bekannt als friedlicher Protest. Im Jahr 2023 beschnitten die Davoser Behörden unrechtmässig die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Dieses Urteil fällt kürzlich das Bundesgericht und sendet damit ein wichtiges Signal.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Das Ziel des Aktivistinnen-Kollektivs Strike WEF ist simpel und längst überfällig: Stoppt das WEF! Jährlich trifft sich im Januar das «Who is who» der Kapitalisten in Davos – eingeflogen in Privatjets. An langen Konferenztischen diskutieren sie am World Economic Forum über Kohle und Geld. Zudem bietet das WEF regelmässig rechten Querulanten wie US-Präsidentenskandidat Donald Trump oder dem argentinischen Präsidenten Javier Milei eine Bühne für ihre menschenfeindliche Propaganda.

Das Kollektiv aus der Region organisierte nach einer pandemiebedingten Pause am 14. Januar 2023 erneut eine Winterwanderung. Die Idee des Protests: Mit Transpi und warmen Kleidern während zweier Tage von Küblis über Klosters nach Davos zu wandern. Wie es üblich ist für eine solche Aktion, holten sich die Organisatorinnen eine Bewilligung bei den Behörden. Claudio Bernhard (27), Organisator der Winterwanderung, sagt: «Da wir im Jahr 2020 eine ähnliche Wanderung geplant haben, diese bewilligt wurde und alles sehr friedlich verlief, haben wir wieder mit einer Bewilligung gerechnet. Was dann aber auf uns zukam, war eine Farce.»

Die Bündner Behörden erlaubten den Protestmarsch nur bedingt und leiteten die Aktivistinnen von Strike WEF von der Kantonsstrasse weg auf Wald- und Wanderwege. Bernhard: «Das ist nicht die Idee

einer aktivistischen Aktion. Wir brauchen Sichtbarkeit, und die wurde uns genommen.» Das Kollektiv liess sich das nicht gefallen und reichte Beschwerde um Beschwerde ein – bis vors Bundesgericht.

### ENORME ERLEICHTERUNG

Mit vielen solidarischen Menschen und juristischer Unterstützung zog Bernhard als Privatperson und Beschwerdeführer den Fall von Instanz zu Instanz. «Es war ein enormer Kraftakt, und mir war bewusst: Ich riskiere viel. Doch uns als Kollektiv war klar, dass unser Protest unser Recht ist.»

Anfang Oktober nun das Urteil: Das Bundesgericht gibt Strike WEF recht und anerkennt, dass die Verschiebung der Route von der Kantonsstrasse auf Nebenstrassen und Wanderwege ein unverhältnismässiger Eingriff in die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist. Weiter begründet das Bundesgericht sein Urteil damit, dass drei Jahre zuvor die Benutzung der Kantonsstrasse für eine Marschkundgebung bewilligt worden sei. «Es ist nicht belegt, dass es damals zu Problemen gekommen wäre», schreiben die obersten Richterinnen und Richter.

Bernhard sagt dazu: «Als ich vom Urteil Wind bekommen habe, konnte ich es nicht fassen. Die Erleichterung war immens, und wir versammelten uns spontan am gleichen Abend auf ein Bier, um diesen Sieg zu feiern.» Über Jahre hinweg hatte das Kollektiv das Gefühl, den Behörden ausgeliefert zu sein. Jetzt, wo sie recht erhalten haben, fühlen sie sich darin bestätigt, dass ihr Protest gegen das WEF relevant ist.

### GEWERKSCHAFTSRECHTE BESCHNITTEN

Unia-Juristin Marina Wyss ordnet das Urteil ein: «Öffentlich seine Meinung kundzutun ist wichtig für die demokratische Meinungsbildung. Präventive Eingriffe seitens Behörden, wie dies beim Fall der Winterwanderung war, sind mit den Grundrechten nicht vereinbar.» Laut Wyss sei dieses Ur-

teil ein Hoffnungsschimmer für kommende Demonstrationen und wichtige Anhaltspunkte für noch laufende Prozesse. Dabei weist sie explizit auf den unverhältnismässigen Polizeieingriff an der 1.-Mai-Demo in Basel hin (work berichtete: [rebrand.ly/1-mai-demo-basel](https://rebrand.ly/1-mai-demo-basel)).

Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind nicht nur in der Schweiz gefährdet, sondern weltweit. Die neofaschistische Regierungschefin Italiens, Giorgia Meloni, greift knallhart durch: Sie verabschiedete mit ihrer rechtskonservativen Regierung Mitte September ein Paket mit 20 neuen Gesetzen. Der Plan von Meloni: Gesetze einführen für härtere Strafen für Demonstrierende und Geflüchtete. Der italienische Gewerkschaftsbund kritisiert dies scharf: «Die Kriminalisierung friedlicher Proteste wirkt sich direkt auf das Streik- und Demonstrationsrecht aus. Damit wird die Ausübung der Gewerkschaftsrechte beeinträchtigt. Gewerkschaftsproteste laufen Gefahr, als «Unterbrechung des öffentlichen Dienstes» oder «Strassenblockade» kriminalisiert zu werden.» Deswegen rief der Gewerkschaftsbund Ende September zu landesweiten Demonstrationen auf, denen sich Hunderte anschlossen.

Über aktuelle Entwicklungen rund um Proteste in der Schweiz bietet Amnesty International einen Überblick unter dem folgenden Link: [rebrand.ly/recht-auf-protest](https://rebrand.ly/recht-auf-protest).

### Schon in Planung: Nächste Winterwanderung kommt

Auch im kommenden Jahr findet das World Economic Forum in Davos statt. Und somit stellt Strike WEF wieder eine Wanderung auf die Beine. Diese findet vom 18. auf den 19. Januar 2025 statt. Wandermotivierte Antikapalistinnen können sich unter folgendem Link für die Wanderung anmelden und weitere Informationen finden: [rebrand.ly/StrikeWEF](https://rebrand.ly/StrikeWEF).

## Warum die Polizei seinen Block stürmte

**Ex-work-Kolumnist Marius Käch lebt heute in Hanoi. Gegen Immobilien-Haie geht's dort hart zur Sache.**

«Vor über einem Jahr bin ich nach Hanoi geflogen – voller Pioniergeist und Vorfreude auf mein Studium an der Nationalen Universität Vietnams. Doch die Arbeit auf dem Bau, die Unia und die Schweiz fehlen mir doch ein wenig.



Marius Käch ist gelernter Maurer, ehemaliger work-Kolumnist und jetzt Englischstudent in Vietnam.

Hier lebe ich in einem Wohnblock zwischen Müllfrauen, Motorradkurieren, Handwerkern und Lehrerinnen – alles hart arbeitende Menschen, die ihr Eigenheim mit ehrlicher Arbeit verdient haben. Eine friedliebende Gemeinschaft, die mich schnell aufgenommen hat. Aber in die Suppe spucken sollte man denen nicht! Das zeigen schon die roten Fahnen mit goldenem Stern an all den Häusern. Es ist die Flagge der Revolution und der heutigen sozialistischen Republik.

Der Investor, der hier gebaut hat, wollte das aber unbedingt auf die harte Tour lernen. Bis heute hat der Geizkragen keine Besitzurkunden für die Eigentumswohnungen ausgestellt. So kann er nämlich die Strom- und Wassergebühren selbst erheben und die Hausbewohnenden nach Belieben auspressen. Das ist zwar vertragswidrig, funktioniert aber oft. Nicht in unserem Fall! Fast der ganze Wohnblock ist in den Zahlungstreik getreten – und zwar ohne grosses Tamtam, einfach aus Prinzip. Bezahlt wird seither nur noch das Vereinbarte, aber keine Wucherzinsen für Strom und Wasser.

**STURMTRUPP.** Der grosse Knall kam am 24. Oktober: Der Investor drohte Bewohnerinnen mit Gewalt, kappte den Strom in den Gemeinschaftsbereichen samt Lift und liess die Wasseruhren ausbauen, um

«**Diesen Leuten sollte man nicht in die Suppe spucken.**» Haushalte auszutrocknen. Das war zu viel! Wir Nachbarn gingen aufs nächste Revier der Volkspolizei.

Eigentlich wäre für Mietsachen ja das Volkskomitee zuständig, doch es war spät am Abend, und so blieb die Sache bei der Polizei hängen. An unserem Abzock-Investor hatten die Beamten gar keine Freude. Dass sie aber derart reagierten, erstaunte mich dann doch: Kaum hatten wir die Anzeige deponiert, rückte ein ganzer Trupp aus – und stürmte kurzerhand den Wohnblock! Dem Investor wurde an Ort und Stelle beschieden: «Hände weg von Strom und Wasser! Das ist Menschenrecht in unserem Land!» Doch nicht genug. Noch in derselben Nacht musste sich der Abzocker mit uns und der Polizei an einen Tisch setzen. Er stammelte, das Gebäude werfe keinen Profit ab und bringe ihn in eine finanzielle Notlage. Darauf die Polizei: «Wenn's wirklich so schlimm ist, dann muss man Ihnen doch helfen und Sie von der Bürde Ihres Eigentums befreien!»

Das Gesicht des Investors werden wir so schnell nicht vergessen! Die Wasseruhren muss er wieder einbauen, und es drohen rechtliche Konsequenzen. Das Beste aber ist: Ab sofort geht die Kontrolle unseres Blocks an die demokratische Selbstorganisation der Bewohnenden über. Der Investor muss seine Verpflichtungen erfüllen, bis das Blockkomitee steht und die ganze Sache übernimmt. Eigentum korrekt an die Bewohner übertragen, das ist jetzt angesagt – so der Befehl der Uniformierten. Bis alle Besitzurkunden da sind, wird der Block gehalten – Schulter an Schulter mit den Behörden. Auch mal eine Erfahrung!»

## Gerüstbau-GAV mit Premiere in Gewerbe und Bau Znüni näh auf Arbeitszeit!

**Der neue Gerüstbau-GAV bringt mehr Lohn und Freizeit. Doch zwei Knacknüsse bleiben ungelöst.**

JONAS KOMPOSCH

Nach einem knappen Jahr Verhandlungsarbeit liegt er auf dem Tisch – der Vorschlag für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für den schweizerischen Gerüstbau. Sollten ihm die Berufskonferenzen der Gewerkschaften Unia und Syna sowie die Arbeitgeberdelegierten zustimmen, dürften so manche Bauleute Augen machen. Denn es ist ein bunter Strauss an Fortschritten, der den landesweit rund 3500 Gerüstmonteurinnen und -monteuren winkt. So wird künftig jede Inflation bis 1,5 Prozent automatisch ausgeglichen. Liegt die Teuerung darüber, wird der übersteigende Anteil ausgehandelt. Bereits beschlossen ist zudem, dass die Löhne auch real und für alle steigen – und zwar um zweimal 0,5 Prozent in den Jahren 2027 und 2028. Besonders erfreulich: die bezahlte viertelstündige Znünpause pro Tag – ohne entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit. Ein absolutes Novum im Gewerbe und im Bau! Damit verkürzt sich die Arbeitszeit um immerhin rund 60 Stunden im Jahr. Und da künftig Samstagarbeit endlich auch im Gerüstbau zuschlagspflichtig wird (+25 Prozent Lohn), wird das freie Wochenende besser geschützt.

### KEINE SCHLECHTWETTERREGEL

All das freut Gerüstbauer Gentian Aliaj (46): «Das Wichtigste ist, dass wir überhaupt einen GAV haben und diesen immer verbessern können.» Freuden sprünge macht der erfahrene Objektleiter und Gewerkschafter trotzdem keine. Aliaj erklärt: «Unser drängendstes Problem ist das Arbeiten bei Schlechtwetter und Extremtemperaturen. Während andere Bauleute auch mal ins Trockene oder in den Schatten können, sind wir immer voll exponiert! Und mit dem Klimawandel wird es nur gefährlicher. Deshalb bräuchten wir endlich klare Regeln, ab wann die Arbeit eingestellt werden muss!» Doch eine solche Schlechtwetterregel bringt auch der neue GAV nicht. Simon Constantin, bei der Unia zuständig für den Gerüstbau, erklärt: «Die Arbeitgeber wollten partout nicht über eine Branchenlösung diskutieren. Sie hoffen auf eine baldige Weisung der Suva und spielen den Ball so einfach weiter.»

Auch nichts wissen wollten die Chefs von Mindestgrössen für Equipen. Die Unia forderte, künftig müssten immer mindestens Dreiermannschaften ausrü-



**ZUFRIEDEN, ABER:** Gerüstbauer Gentian Aliaj hätte sich bezüglich Arbeitssicherheit mehr vom GAV gewünscht.

FOTO: ISABELLE HAKLAR

### Das bringt der neue GAV:

- + Automatischer Teuerungsausgleich (bis 1,5 Prozent)
- + Realloohnerhöhung um zweimal 0,5 Prozent: 2027 und 2028
- + Bezahlte Znünpause (15 Minuten) ohne Erhöhung der Arbeitszeit
- + Samstagarbeit nur noch mit 25 Prozent Lohnzuschlag (Auszahlung Ende Monat)
- + Bessere Arbeitszeitkontrolle dank Einführung eines Betriebskalenders
- + Bessere Planbarkeit der Ferien: Neu müssen die Feriendaten bis am 30. März bekannt sein
- Erhöhung der zuschlagsfreien Überstunden von 100 auf 120 pro Jahr

cken. Aliaj erklärt: «Wenn du nur zu zweit auf einem Gerüst bist, musst du extrem viel stemmen. Das Unfallrisiko steigt. Auch weil man heikle Dinge tut, die nicht nötig wären, wenn ein Kollege mehr da wäre.» Immerhin: Sein Patron sehe das genauso und habe die Dreierregel längst zur Pflicht gemacht.

### BASIS WÄCHST – UND WIRKT

Dass die Firmen ausgerechnet bei der Arbeitssicherheit klemmten, dürfte für breite Enttäuschung sorgen. Denn laut einer Unia-Umfrage unter fast 500 Monteuren stehen die Dreierregel und die Schlechtwetterlösung fast zuvorderst auf ihrem Forderungskatalog. Nur Lohn-

erhöhungen waren noch wichtiger. Trotzdem sagt Unia-Verhandlungsleiter Constantin: «Der GAV ist ein klarer Schritt nach vorne.» Zumal auch die Arbeitgeber mit Forderungen aufgefahren seien. Darunter: Arbeit auf Abruf,

### «Unser drängendstes Problem ist das Arbeiten bei Extremtemperaturen.»

GERÜSTBAUER GENTIAN ALIAJ

Reduktion der Lohnfortzahlung bei Unfall, Ausschluss von Magazinern und Chauffeuren vom GAV, 30 Minuten unbezahlte Reisezeit pro Tag und Bussen für das Nichttragen der Schutzausrüstung. All das konnten die Gewerkschaften verhindern, nicht zuletzt dank einer gestärkten Mitgliedschaft: Allein 2023 ist die Zahl in der Unia organisierter Gerüstbauer um fünf Prozent gestiegen. In einem Punkt war man dennoch zu einem Zugeständnis bereit: Neu sind 120 statt 100 Überstunden pro Jahr zuschlagsfrei. Gefordert hatten die Arbeitgeber 200 Gratisüberstunden.

## KONTROLLE HOHE BSCHISS-SUMME

2023 hat die Paritätische Berufskommission Gerüstbau 59 Schweizer Firmen kontrolliert und Lohnunterlagen von 793 Mitarbeitenden geprüft. Das Resultat: Im Schnitt wurde jeder Mitarbeiter um 745 Franken betrogen! Am häufigsten fehlten die vereinbarten Lohn-erhöhungen, der Zeitzuschlag von 12,5 Prozent für nicht ausbezahlte Überstunden am Jahresende sowie die obligatorischen Kurse zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. (jok)

## Und wieder gibt es Probleme auf der Kantonsbaustelle in Sargans SG Eisenleger verschwinden einfach

**Dubiose Eisenleger im Sub-Sub-Auftrag des Kantons St. Gallen, ein work-Artikel, eine Polizeirazzia mit Verhafteten. Und jetzt hat der Kantonsbaumeister noch ein Problem!**

JONAS KOMPOSCH

«Hätten wir doch auf die Unia gehört!» So und ähnlich tönt es dem Vernehmen nach zurzeit in St. Galler Amtsstuben. Der Grund: Immer wieder sorgen Grossebauprojekte der öffentlichen Hand für Negativschlagzeilen. Weil dubiose Baubuden den GAV verletzen oder gar Schwarzarbeiter am Werk sind. Dabei könnte dieses Risiko minimiert werden. Nämlich indem alle Firmen – wie von der Unia gefordert – vor der Auftragsvergabe einem ISAB-Check unterzogen würden. ISAB ist ein Kontrollregister

der Baubranche und zeigt, ob eine Firma den GAV und die Gesetze tatsächlich einhält. Doch viele Bauherren sträuben sich gegen eine ISAB-Pflicht. Welche Folgen das haben kann, zeigt sich in Sargans.

### LETZTE WARNUNG AN LAZZARINI

Dort entsteht ein neues Kantonschulgebäude. Mit vielen Steuermillionen, aber wenig Steuerungskontrolle: Ende Juni machte work publik, dass die Churer Generalbaufirma Lazzarini die Eisenleger-Firma Iseni aus Pfäffikon SZ angeheuert hatte. Dies obwohl Iseni mit schweren GAV-Verstössen aufgefallen war und Lohnzahlungen offen hatte. Erst im Zuge der work-Recherche intervenierte der Kanton und verdonnerte den Iseni-Chef zur Bereinigung der Angelegenheit. Doch schon zwei Monate später der nächste Knall.



**IMMER WIEDER ÄRGER:** Die Baustelle in Sargans. FOTO: KANTONSSCHULE SARGANS

Die Polizei nahm auf der Baustelle vier Schwarzarbeiter fest! Wie CH Media berichtet, waren es kosovarische Schaler von einer Firma aus Lugano und Eisenleger der Firma Iseni. Doch es kommt noch dicker: Demnach hat der St. Galler Kantonsbaumeister Erol Doguoglu abermals Ungereimtheiten bemerkt. Nämlich habe Lazza-

rini einen neuen Eisenleger-Subunternehmer angeheuert, ohne diesen beim Kanton zu melden. Pikant: Die Firma legte kein ISAB-Zertifikat vor. Doguoglu verhängte

### Der Kantonsbaumeister verhängte einen temporären Baustop.

über sie deshalb einen temporären Baustop. Doch warum überhaupt ein Subunternehmer-Wechsel mitten in den Rohbauarbeiten? «Die Firma Iseni war von einem Tag auf den anderen nicht mehr verfügbar», so der Kantonsbaumeister zu CH Media. Lazzarini hat Doguoglu nun den Tarif durchgegeben: Man sei «übereingekommen», sagte er, dass sich «kein weiteres Versäumnis mehr ereignen darf». Die Wette gilt!



BETRIEBSRATSVORSITZENDE DANIELA CAVALLO: «VW spielt massiv mit dem Risiko, dass hier alles eskaliert.» FOTO: GETTY IMAGES

# Volkswagen plant Kahlschlag in Deutschland

## Daniela Cavallo verliert die Geduld

**Der VW-Konzern schliesst zum ersten Mal in Deutschland Fabriken. Und zerschlägt dabei ein soziales Modell. Explosiv.**

OLIVER FAHRNI

Das Problem mit Wirtschaftsjournalismus ist, dass er meistens unkritisch nachplappert, was ihm die Konzerne ins Maul legen. Die neuste der Fake-News geht so: VW kaputt, Deutschland kaputt.

Der grösste Autobauer Europas (VW, Porsche, Audi, Škoda, Seat, Lamborghini, Bentley, mehr als 600 000 Beschäftigte weltweit) will in Deutschland drei VW-Fabriken schliessen, Zehntausende von Jobs vernichten und die Löhne der übrigen massiv senken. Daran gehe kein Weg vorbei, behauptet Konzernchef Oliver Blume. Deutschland erstarrt, denn VW ist kein Unternehmen wie andere. So sieht etwa der «Spiegel» darin «ein Symbol für den

**In den letzten drei Jahren hat der Autobauer 22 Milliarden Euro Gewinn ausgeschüttet.**

Abstieg der deutschen Industrie». Praktisch, wenn die Metallerrinnen und Metallergere gerade mit Warnstreiks höhere Löhne einfordern.

Nur, wie schlimm steht es wirklich um VW? Aus der Arbeit seiner Belegschaften hat der Autobauer im letzten Geschäftsjahr 322 Milliarden Euro Umsatz und 18 Milliarden Euro Reingewinn gezogen. 4,5 Milliarden flossen sogleich an die Aktionärinnen und Aktionäre, gut 2 Milliarden kassierte allein der Clan um die Familien Porsche und Piech, der 53 Prozent der Aktien hält. In den letzten drei Jahren hat der Konzern 22 Milliarden Gewinn ausgeschüttet – weit mehr, als VW für eine starke Zukunftsstrategie benötigen würde.

Vor allem aber sitzt der Konzern auf einem fetten Polster von 137 Milliarden Euro Gewinnreserven. Im Duo mit dem monströsen Schweizer Rohstoffkonzern Glencore kauft sich VW in Brasilien und anderswo gerade Minen für strategische

Baustoffe wie Nickel. Europas grösster Autobauer ist ein schwerreicher Multi.

### ZUKUNFTSÄNGSTE UND WUT

So viel zum tränenreichen Gejammere von VW-Boss «Olli» Blume vor der Belegschaft, die «Familienkasse» sei leer, also müsse die Familie jetzt zusammenhalten und Opfer bringen: «Ihr könnt auf mich zählen, und ich zähle auf euch!» Darauf schallte ihm von den Arbeitenden entgegen: «Wir sind Volkswagen – aber ihr seid es nicht!»

Das Gerede von der «grossen VW-Familie» verfängt nicht mehr. Wer sich bei Schichtwechsel in Wolfsburg vor das Tor 17 des Werkes stellt, hört Zukunftsängste und Wut. Allen ist klar: Hinter dem Kahlschlag steckt in Wahrheit der Plan, das soziale Modell des Industriekonzerns zu zerschlagen. Die Rendite, so hat Finanzchef Arno Antlitz (Ex-McKinsey) befohlen, müsse von 2,3 Prozent auf 6,5 Prozent steigen. Allein VW müsse deshalb sofort 10 Milliarden einsparen. Übersetzung: Die Buezer sollen für Managementfehler bezahlen und allein die ganze Last des Strukturwandels in der Autobranche tragen.

Schon vor den ersten Gesprächen mit der Gewerkschaft IG Metall hatte Blume die diversen Tarifverträge geschreddert, die den Arbeitenden Jobsicherheit, korrekte Arbeitszeiten, Löhne und Sozialleistungen sicherten. Das sollte den Weg für den Abriss freimachen.

### BRUCH DER SOZIALPARTNERSCHAFT

Für die IG Metall war die Vertragskündigung ein Schock, der Bruch einer jahrzehntealten, innigen Beziehung. VW stand für die deutsche Sozialpartnerschaft. Unter dem Titel «Mitbestimmung» sitzen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Aufsichtsrat von VW (was immer wieder zu Bestechungsskandalen führte). In allen Krisen bot die IG Metall dem Kapital Hand zu Lösungen. Als schon einmal 30 000 Jobs abgebaut werden sollten, einigte man sich auf die Viertagewoche – mit Lohnverlust. Nach dem «Dieselgate» von 2015 (manipulierte Abgastests), das VW an die 30 Milliarden kostete, machten die Buezer mit höheren Kadenzen und mehr Arbeitszeit die Scharte wett. Pikante Erinnerung am Rande: VW wurde Ende der 1930er Jahre auf Befehl von Adolf Hitler gegründet. Das

Kapital dafür nahmen die Nazis aus den beschlagnahmten Vermögen der Gewerkschaften.

### ENDE DER GEDULD

Hört man nun der Betriebsratsvorsitzenden Daniela Cavallo zu, ist es vorbei mit der Geduld und der kapitalistischen Herrlichkeit. Sie versteht Blumes Pläne als Kriegserklärung: «Das ist nicht das übliche Säbelrasseln vor einer Lohnrunde. Das ist der Plan des grössten deutschen Industriekonzerns, in seiner Heimat den Ausverkauf zu

**Die Buezer sollen für Managementfehler bezahlen und alleine die Last tragen.**

starten. Bei Volkswagen stehen Zehntausende Arbeitsplätze auf dem Spiel.»

Offensichtlich will VW die lange verpasste Wende zum E-Auto durch Auslagerungen und sozialen Abbruch kompensieren. Das schont die Aktionärinnen und Aktionäre. Cavallo weiss um die Probleme der Autoindustrie. Das Management ist viel zu spät ins E-Auto eingestiegen. Und hat dann blöderweise auf teure Modelle gesetzt. Anders als die erfolgreiche Konkurrentin Toyota und die chinesischen Newcomer vernachlässigt VW hybride Antriebe. Und: In der Produktion eines E-Autos steckt viel weniger lebendige Arbeitskraft als in einem Verbrenner.

Deshalb machen die Gewerkschafterinnen im Aufsichtsrat seit Jahren handfeste Vorschläge, wie Können und Wissen der Arbeitenden in einer innovativen Industrie für E-Mobilität entfaltet werden könnten. Die Besitzer aber stellten sich taub. Die entscheidende Frage sei doch, sagt Cavallo, «wofür diese brutalen Einschnitte gut sein sollen». VW habe noch immer «kein Konzept für die künftige Produktpalette und keinerlei Idee, wie wir die Technologieführerschaft zurückgewinnen».

25 000 VW-Buezerinnen und -Buezer demonstrierten jetzt an elf Standorten, um endlich gehört zu werden. Cavallo sagt: «VW spielt massiv mit dem Risiko, dass hier alles eskaliert. Und damit meine ich, dass wir die Gespräche abbrechen und machen, was eine Belegschaft machen muss, wenn sie um ihre Existenz fürchtet.»



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## ES IST HÖCHSTE ZEIT, HERR CASSIS!

Eine Katastrophe sucht die Welt heim: der Zusammenbruch der Vereinten Nationen. Dies produziert im kollektiven und individuellen Bewusstsein ein tiefes Trauma und ein Gefühl der moralischen Ohnmacht.

Die Lähmung der Uno ist besonders dramatisch für die Palästinenserinnen und Palästinenser im

Gazastreifen. Seit dem grausamen Überfall der Hamas vor über einem

Jahr führt Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung. Mit Hilfe der USA bombardiert Israel Gaza. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu legitimiert diese Terrorbombardements mit einem einzigen Wort: «Rache». Es kommt sogar vor, dass sie zweimal kurz hintereinander dieselben Quartiere bombardieren. Und damit die Helfer töten, die nach den ersten Einschlägen nach Opfern suchen. Ein Beispiel: die mehrfache Bombardierung des Flüchtlingslagers Jabalia im November 2023.

**SCHUTZ.** Am 29. Dezember 2023 klagte Südafrika gegen Israel. Wegen Missachtung der Uno-Konvention gegen Völkermord. Als sofortige Massnahmen verurteilte das oberste Uno-Gericht Israel dazu, den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung zu garantieren und die Nothilfe für die Zivilbevölkerung sicherzustellen. Israels Premier Benjamin Netanjahu lehnte diese provisorischen Sofortmassnahmen ab. Das oberste Uno-Gericht ist völlig machtlos.

Bereits kurz nach dem neu entfachten Krieg verlangte Uno-Generalsekretär António Guterres den sofortigen Respekt des humanitären Völkerrechtes. Er verurteilte den Terror der Hamas, sagte aber auch, die Angriffe seien «nicht im luftleeren Raum erfolgt». Die Palästinenser würden seit 56 Jahren unter «erstickender Besatzung» leiden. Die Antwort des damaligen Aussenministers Eli Cohen: «Wir kämpfen gegen Tiere.» Und forderte den Rücktritt des Uno-Generalsekretärs. Doch Guterres blieb im Amt.

**SPION.** Inzwischen hat sich der Konflikt auf die ganze Region ausgeweitet. Guterres hat ein Ende der Gewalt im Nahen Osten gefordert. Die Entwicklung führe die Menschen in der Region geradewegs in den Abgrund. Daraufhin hat die israelische Regierung António Guterres zur Persona non grata erklärt, zur unerwünschten Person. Mit dieser Begründung werden im Völkerrecht Spione eines Landes verwiesen.

**SCHANDE.** Jetzt hat das israelische Parlament entschieden, das Uno-Palästinenserhilfswerk (UNRWA) aus Israel zu verbannen und den israelischen Behörden jeden Kontakt zur UNRWA zu verbieten. Das immerhin hat Aussenminister Ignazio Cassis kritisiert. Die Entscheidung widerspreche dem Völkerrecht und bedrohe die humanitäre Hilfe an die Bevölkerung in Gaza. Doch ansonsten weigert sich Cassis weiterhin, die israelische Tötungsmaschinerie zu verurteilen. Die Genfer Konvention und die zwei Zusatzprotokolle, die das humanitäre Völkerrecht begründen, verpflichten die Schweiz als Depositärstaat, bei der Verletzung des humanitären Völkerrechtes eine sofortige Konferenz für seine Wiederherstellung einzuberufen. Doch das tut Cassis nicht. Das ist eine Schande.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



# Künstliche Intelligenz: Gibt es bald eine dezentrale Cyber-Post?

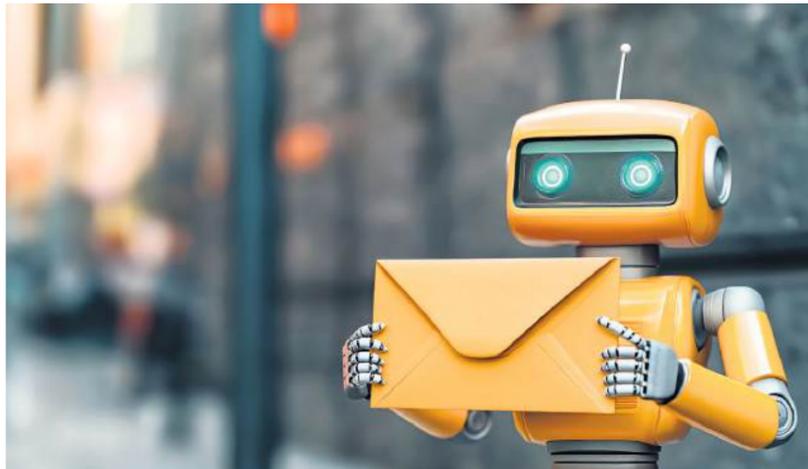
**Die Post streicht 170 Stellen, weil wir weniger Briefe und Postkarten verschicken sowie weniger Zahlungen am Postschalter tätigen. Gibt es denn keine Alternativen?**

Die meisten Lohnabhängigen und Betriebe stellen sich die Frage: Was bedeutet die künstliche Intelligenz (KI) für uns konkret? Werden mit KI mehr Jobs verloren gehen als neue entstehen? Steigt die Produktivität trotz KI gar nicht so schnell, wie von einigen prophezeit? Oder kommt es zu massiver Arbeitslosigkeit in vielen Berufen? Wir alle stochern im Nebel, der sich jetzt schon wieder über das schweizerische Mittelland legt.

Nur eines scheint sicher: KI-Anwendungen verbrauchen sehr viel Strom. Weltweit bereits heute so viel wie die Haushalte von 9 Millionen Schweizerinnen und Schweizern. Und 2030 soll es sogar noch viermal mehr sein.

Und dies, obwohl neue Chips effizienter arbeiten als die bisherigen. Folgen die energieverschlingenden Rechenzentren – national und international – der günstigen Energie? So wie das zu Beginn der Industrialisierung in der Schweiz der Fall war: Damals wurden die Fabriken in den Alpen und Voralpen entlang den Flüssen und Bächen gebaut.

Wie immer, wenn technische Revolutionen in der Haustüre stehen, hängt sehr viel davon ab, ob Gesellschaften diese unkontrolliert wuchern lassen oder regulieren. In China und in den USA kontrollieren die Geheimdienste der militärisch-industriellen Komplexe die Entwicklungen. Sie werden uns alle digital bis auf die Unterhosen durchleuchten. Es geht darum, wer was von wem weiss. Und wer wen wie manipulie-



**DIE PÖSTLERIN DER ZUKUNFT:** Ob uns in Zukunft wirklich ein Roboter die Briefe nach Hause bringt, ist nicht klar. Fest steht aber, dass die Post einiges modernisieren könnte. FOTO: ADOBE STOCK

ren kann. Am Boden, unter Wasser und im Weltall. Europa versucht immerhin in Ansätzen, etwas Schutz für uns zu realisieren, die wir neuen Entwicklungen weitgehend ungeschützt ausgesetzt sind.

Es wird sich mittelfristig wohl so etwas wie ein Gleichgewicht des Schreckens einstellen. Und früher oder später wird es zu Abrüstungsverhandlungen kommen müssen. Nur sieht es zurzeit leider nicht grad nach einer nahen rosa Zukunft aus. Erst recht nicht, wenn in den USA Donald Trump gewählt wird.

**LOHNSTÜCKKOSTEN.** Doch zurück in die Schweiz: Die Schweizer Post setzt in der Fläche zu einem weiteren Kahlschlag an. Sie will 170 Poststellen streichen. Deren Aufgaben übernehmen Agenturen. In Brig macht das zum Beispiel bereits die Shell-Tankstelle. Und nach ersten

Anlaufschwierigkeiten macht sie das gar nicht so schlecht. Ihre Werbebotschaft: Arbeitsstellen seien keine verloren gegangen.

**ALLES ALSO PALETTI?** Wenn dem so wäre, hätte die Post nicht zum Kahlschlag ansetzen müssen. Es geht in dieser Sache um die Lohnstückkosten. Die Löhne der Mitarbeitenden von Volg oder der Shell-Tankstellen sind viel tiefer als jene der Postmitarbeitenden. Statt Service public, also Service privé. Und am Ende der Fahnenstange werden viele kleinere Gemeinden den Dorfladen samt Postfiliale subventionieren müssen, weil die Rechnung nicht aufgeht. Die Post will so pro Jahr 30 Millionen Franken sparen.

Diese Politik hat besonders im Osten Deutschlands in vielen Regionen zu

Verbitterung geführt und der rechts-extremen Partei AfD Stimmen gebracht.

**DIGITALE POST.** Niemand kann bestreiten, dass wir weniger Briefe versenden und bekommen. Das gilt erst recht für Postkarten. Und immer weniger von uns erledigen am Postschalter ihre Zahlungen. Die Kritikerinnen und Kritiker der Post müssten also die Post von morgen erfinden.

**Standbein Geldautomaten:** In Deutschland kostet ein Geldautomat pro Jahr drei Mal weniger als in der Schweiz. Hier gibt es viel Luft nach unten, wenn die Maschinen zu Marktpreisen eingekauft werden. Sollte eigentlich doch möglich sein!

**Standbein vom Homeoffice lernen:** Immer mehr Lohnabhängige arbeiten im Homeoffice. Und sie sind offenbar produktiver. Postangestellte, die nicht voll ausgelastet sind, sollten für die digitale Post der Zukunft dezentral Arbeiten erledigen können und müssen. Zugeteilt durch kreative, künstliche Intelligenz. Damit etwa Personalverwaltungen, Buchhaltungen und das ganze Rechnungswesen dezentral bewältigt werden können. Genau wie die Telefonie. Die dezentrale Post als Callcenter und durch Postmitarbeitende geführt.

**Standbein neue Büros:** Viele der bestehenden Poststellen sind viel zu gross für die neue, hier postulierte dezentrale Cyber-Post.

**Standbein gekaufte Unternehmen:** Die Post kauft links und rechts mittelständische Unternehmen auf. Vorab Familienunternehmen, die keine Nachfolge finden. Hier würde viel Arbeit anfallen, die die Beschäftigten in 170 Poststellen der nächsten Generation erledigen könnten.

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/post-kritik](https://rebrand.ly/post-kritik)

Eine gute Geschichte im Blick! Tenor von Post-Agentur-Betreibenden: «Unsere Entschädigung ist ein Witz.» Logo: Pro liquidierte Poststelle will die Post pro Jahr 180 000 Franken einsparen.

● [rebrand.ly/produktives-homeoffice](https://rebrand.ly/produktives-homeoffice)

Das «Handelsblatt» ist das Leibblatt des Kapitals. Der Titel des Artikels: «Homeoffice wirkt sich positiv auf Produktivität aus.» Das würde auch für die Poststellen 2.0 gelten. Flächen-deckend.

Sie finden alle Links direkt zum Anklappen auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT



# Kundgebung: Stahl Gerlafingen muss bleiben!

**Samstag, 9. November,  
11 Uhr vor dem Stahlwerk  
in Gerlafingen**

Unterstützen wir den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter des Stahlwerks. Sei dabei an der Solidaritäts-Kundgebung!

Infos und Programm:  
[unia.ch/stahl-gerlafingen-demo](http://unia.ch/stahl-gerlafingen-demo)



Romanbiographie: «Solange es noch Tag ist»

# Der Seiltanz zwischen Chef und Gewerkschafter

**Walter Trösch, sozialistische Legende aus dem Mittelland, gründete 1905 eine der ersten Arbeiterzeitungen. Die neue Romanbiographie ehrt sein bewegtes Leben.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Walter Trösch war Verleger, Sozialist und Pazifist. Das verrät bereits der Buchdeckel der neu erschienenen Romanbiographie. Bei der Lektüre wird schnell klar, Trösch war noch viel mehr: Feminist, Arbeiterkind, Gewerkschafter, Vater, Politiker und Unternehmer. Die Romanbiographie «Solange es Tag ist» von Mara Meier zeigt sein aussergewöhnliches Leben, geprägt von Armut, Arbeit und dem Wunsch nach Fairness. Vor allem für Leserinnen und Leser mit Oltner Wurzeln beginnt mit dem Buch eine Zeitreise durch die Eisenbahnstadt und zeigt mit historischen Fotos, wie das Örtchen vor über hundert Jahren aussah und was die Menschen beschäftigte. Viele Kämpfe sind heute noch die gleichen: Lohnsorgen, Gleichstellung und die Rechte der Arbeiterschicht.

**Trotz seinem Erfolg blieb Trösch ein hart arbeitender Buezer.**

Trösch kommt 1875 in Herzogenbuchsee BE zur Welt. Der kleine Bub flüchtet gerne in die Welt der Bücher. Der Vater ist Schuhmacher, die Mutter Hausfrau und Hutmacherin. Sie entpuppt sich schon früh in der Geschichte als starke, unabhängige Frau. Die Familie wächst in Armut auf und trotz dem Alkoholproblem und den beruflichen Misserfolgen des Vaters ebnet die Mutter für alle drei Kinder den Weg zur Ausbildung. Walter, der älteste Sohn, darf nicht in die Sekundarschule. Ein Junge aus der Arbeiterklasse habe auf diesem Bildungsweg keine grossen Perspektiven und sollte besser eine Lehre machen. In Münsigen BE bei der Druckerei Fischer absolviert er die Ausbildung als Schriftsetzer und Buchdrucker. Sein Lehrmeister ist streng, in Tröschs Augen der strengste weit und breit. Doch seine strenge Schule öffnen Trösch viele Türen – in Paris, London und New York.

Trösch kommt 1875 in Herzogenbuchsee BE zur Welt. Der kleine Bub flüchtet gerne in die Welt der Bücher. Der Vater ist Schuhmacher, die Mutter Hausfrau und Hutmacherin. Sie entpuppt sich schon früh in der Geschichte als starke, unabhängige Frau. Die Familie wächst in Armut auf und trotz dem Alkoholproblem und den beruflichen Misserfolgen des Vaters ebnet die Mutter für alle drei Kinder den Weg zur Ausbildung. Walter, der älteste Sohn, darf nicht in die Sekundarschule. Ein Junge aus der Arbeiterklasse habe auf diesem Bildungsweg keine grossen Perspektiven und sollte besser eine Lehre machen. In Münsigen BE bei der Druckerei Fischer absolviert er die Ausbildung als Schriftsetzer und Buchdrucker. Sein Lehrmeister ist streng, in Tröschs Augen der strengste weit und breit. Doch seine strenge Schule öffnen Trösch viele Türen – in Paris, London und New York.

**DIE GEWERKSCHAFTEN FÜR SICH ENTDECKT**

Auf eigene Faust reist der junge Typograph um die Welt. Bei seinem ersten Stop in Paris lernt er nicht nur neue Technologien an den Druckmaschinen, sondern auch fließend Französisch und entdeckt die Leidenschaft fürs Velofahren. Bei sei-



WALTER TRÖSCH MIT FAMILIE: Der Verleger lebte mit seiner Frau und den Kindern in Olten. FOTO: ZVG / PRIVATARCHIV

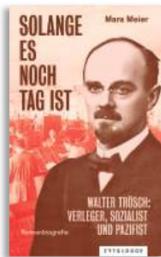
ner nächsten Station in England merkt Trösch: ohne die Sprache geht nichts. Deshalb chrampft er dort in der Gastronomie und erkennt, wie wichtig die Gewerkschaften sind. Und schliesslich die letzte Station: New York. Acht Pfund kostete im Jahr 1902 die Überfahrt in die USA. Dank den starken Typographen-Gewerkschaften fand Trösch Arbeit im Grossstadtdschungel.

**DAS LEBEN LEBEN**

Mit 30 Jahren kehrt er zurück in die Heimat und gründet 1905 in Olten die «Neue Freie Zeitung». Die Presse vermeldete dies wie folgt: Eine neue «Tröschmaschine», also eine Dreschmaschine, wurde erfunden, mit der das «Kapital» verdroschen werden soll. Die Arbeiterzeitung war eine der ersten der Schweiz und somit die grosse Schwester von work. Das Buch zeigt eindrücklich, wie Trösch Tag und Nacht für den Aufbau und die Etablierung einer neuen Zeitung arbeitete. Obwohl er in der Zwischenzeit heiratete, Vater von zwei Kindern wurde und ein stattliches Anwesen in Olten kaufte, wirkte Trösch nie wie ein fetter, ausgeschlafener und reicher Chef. Fast schon trotzig konnte er seinen Erfolg nicht anerkennen und blieb ein hart arbeitender Buezer. Das kapitalistische Märchen vom beruflichen Megaerfolg ging für Trösch aber nie ganz in Erfüllung.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam es auch unter den Linken im Kanton Solothurn zu Unstimmigkeiten. Statt an einem Strang zu ziehen, zerfleischten sich seine Parteikollegen untereinander. Trösch fragte sich: «Wann hatten die Genossen angefangen, untereinander fast noch heftiger zu streiten als mit dem äusseren Gegner, den Kapitalisten?»

Eine weitere grosse Herausforderung war der Generalstreik 1918: für Trösch eine komplizierte Ausgangslage, denn er war schon sein ganzes Leben engagierter Gewerkschafter. Und dennoch als Unternehmer angewiesen auf seine Arbeiter in der Druckerei. «Solange es Tag ist» ist ein bewegender Roman, der zeigt: Wir sollten neben der Biez und dem politischen Engagement nicht vergessen, das Leben zu leben.



**Solange es noch Tag ist** von Mara Meier. Romanbiographie über Walter Trösch, erschienen im Zytglogge-Verlag. 232 Seiten, erhältlich zum Preis von 32 Franken.

## Peko-Tagung in Bern So wirken Sie am besten

Wer in einer Personalkommission (Peko) mitwirkt, wird vom Unternehmen respektiert, geschätzt und nicht benachteiligt. So zumindest tönt es in den Kommentaren des Branchenverbands Swissem zum Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen- Elektro- und Metallindustrie (GAV-MEM). Die Realität sieht leider oft anders aus. Das Engagement in einer Peko ist anspruchsvoll und je nach Arbeitgeber auch mit Risiken verbunden. Deshalb veranstaltet die Unia eine Tagung, um Strategien für mehr Mitbestimmung und einen besseren Kündigungsschutz zu entwickeln. Zudem geben erfahrene Peko-Mitglieder Tipps und Tricks für den Arbeitsalltag.

**Tagung MEM-Peko**, 22. November, 10 bis 16 Uhr, Unia-Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern. Anmelden bis 11. November unter [rebrand.ly/peko-mem](https://rebrand.ly/peko-mem).

## Israel-Doku Extremisten an der Macht

Seit zwei Jahren regiert Benjamin Netanjahu in Israel in einem Bündnis mit rassistischen und gewaltbereiten Rechtsextremen. Der Dokumentarfilm von Arte



FOTO: YUZU PRODUCTIONS

zeigt den Werdegang und die Ideologie von zwei Männern, die in dieser Allianz eine zentrale Rolle spielen: Itamar Ben-Gvir, Minister für Nationale Sicherheit, und Finanzminister Bezalel Smotrich, der auch für den Siedlungsausbau zuständig ist. Der Film beleuchtet auch den Widerstand gegen die nationalreligiösen Pläne der Regierung, die tiefe Spaltung innerhalb der Gesellschaft vor und nach dem 7. Oktober 2023 sowie den verzweifelten Kampf von Angehörigen für die Rettung der Geiseln in Gaza.

**Israel – Extremisten an der Macht**, Frankreich 2024, 70 Minuten, online unter [rebrand.ly/arte-israel](https://rebrand.ly/arte-israel).

## workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



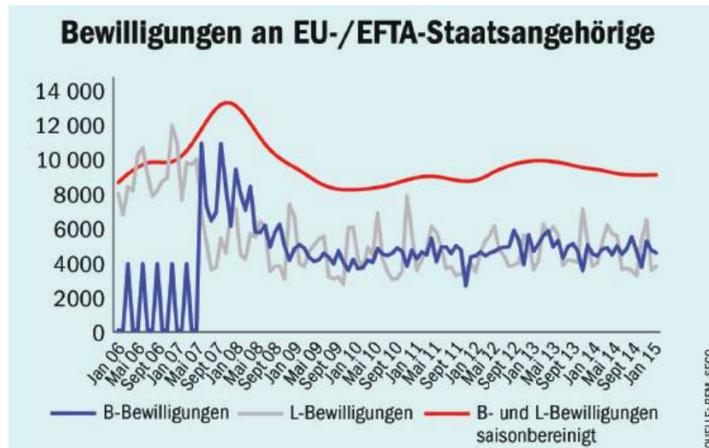
## SCHUTZKLAUSELN: AUF KOSTEN DER LÖHNE

«Es braucht eine Schutzklausel!» Das fordern die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien auf allen Kanälen. Die Schutzklausel soll die Einwanderung in die Schweiz beschränken. Doch wer soll hier wovor geschützt werden? Die Schweizer Patienten vor den Ärztinnen und dem Pflegepersonal aus dem Ausland, das wir in der Schweiz dringend brauchen? Oder die Gastrobranche, die ohne die Kurzaufenthalterinnen und Grenzgänger subito schliessen müsste? Diese Fragen zeigen, dass das Thema einiges komplizierter ist, als die Politikerinnen und Politiker vorgeben.

**ERFAHRUNG.** Die Diskussion über die Schutzklausel ist nicht neu. Interessant ist, dass die Schweiz in den letzten 20 Jahren bereits Erfahrungen damit gemacht hat. Diese Erfahrungen zeigen: Die Schutzklausel hat keine Auswirkungen auf die Höhe der Einwanderung. Aber sie kann zu Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen führen. In den ersten Jahren der Personenfreizügigkeit konnte die Schweiz

nämlich die neuen Bewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer aus der EU beschränken. Davon hat sie Gebrauch gemacht. Bis zum 1. Juni 2007 beschränkte der Bundesrat die Daueraufenthaltsbewilligungen (B-Bewilligungen) für Staatsangehörige aus den «alten» Ländern – der EU-17 mit Deutschland, Italien, Spanien usw. Und von Juni 2006 bis Mai 2011 sowie von Mai 2012 bis Mai 2014 waren die Daueraufenthalte für Zuwandernde aus den EU-Staaten der Osterweiterung begrenzt.

**LOHNDRUCK.** Beschränkungen gab es nur für Daueraufenthalte. Kurzaufenthalte (L-Bewilligungen) und die Grenzgängerbewilligungen waren nicht begrenzt. Als die Daueraufenthalte beschränkt wurden, wichen die Unternehmen auf Kurzaufenthalte aus. Sie stellten den neu aus dem Ausland angestellten nur noch befristete Verträge aus. In der Folge stiegen diese merklich an. Die Summe aus B- und L-Bewilligungen blieb hingegen weitgehend gleich. Teilweise gab es auch



mehr Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Das ist mit einem grösseren Druck auf die Löhne verbunden. Denn wer nur einen befristeten Vertrag und einen Kurzaufenthalt hat, macht sich Sorgen, ob der Vertrag und der Aufenthalt verlängert werden, und ist eher bereit, auch zu einem tieferen Lohn zu arbeiten. Dieser Lohndruck

bekommen letztlich alle zu spüren. Die Erfahrungen mit den Schutz- und Ventilklauseln der letzten Jahre zeigen, dass die Firmen sich arrangieren und ausweichen. Oft auf Kosten der Löhne und der Arbeitsbedingungen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

## Aktiv im Betrieb Strategien gegen Rechts

Offen ausländerfeindliche und rassistische Mitarbeitende gab es schon immer. Doch in Deutschland wird ihr Einfluss in den Betrieben stetig grösser. Rechte Aktivisten versuchen die Atmosphäre in den Firmen zu dominieren und drängen in Betriebsratsstrukturen. Und mit dem Verein «Zentrum» hat die AfD mittlerweile eine eigene Pseudogewerkschaft in der Automobilindustrie. Wie geht man damit um, will das Filmkollektiv Labournet von fünf gestandenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern wissen. Ihre Erlebnisse sind aufschlussreich – und auch im Schweizer Kontext relevant.

**Labournet-Doku Strategien gegen rechts im Betrieb**, Deutschland 2024, 25 Minuten, online unter [rebrand.ly/faschosimbetrieb](https://rebrand.ly/faschosimbetrieb).



**Das offene Ohr**

Rahel Beyeler von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Kündigung bei Krankheit: Ist das zulässig?

In unserem Betrieb gab es immer viel zu tun, und meine Arbeitgeberin hat mir während Jahren viel Arbeit übertragen. Ich habe nie aufgemuckt, stand auch an Wochenenden für Einsätze zur Verfügung und konnte im letzten Jahr kaum Ferien beziehen. Dann wurde mir alles zu viel, und ich wurde krank – meine Ärztin spricht von einer typischen Erschöpfungsdepression (Burnout). Seit einem halben Jahr bin ich krank geschrieben und erhalte Taggelder der Krankentaggeldversicherung. Nun hat mir meine Arbeitgeberin per Ende Monat gekündigt. Darf sie das während meiner Krankheit überhaupt?

**RAHEL BEYELER:** Ja, das ist grundsätzlich möglich. Das Gesetz sieht Sperrfristen vor – sogenannte Schonfristen zur Genesung. In dieser Zeit darf Ihnen nicht gekündigt werden. Je nach Dauer des Anstellungsverhältnisses dauern die Sperrfristen von einem bis zu sechs Monaten. Je nach Gesamtarbeitsvertrag (GAV) können diese Sperrfristen noch länger dauern: Im besten Fall sind Sie als Arbeitnehmerin



**BEGRENZT GESCHÜTZT:** Auch in der Genesungsphase kann Ihnen gekündigt werden. FOTO: ISTOCK

so lange vor einer Kündigung geschützt, wie Sie Leistungen der Krankentaggeldversicherung oder der Unfallversicherung beziehen. Sind diese Sperrfristen jedoch abgelaufen, darf die Arbeitgeberin das Arbeitsverhältnis wegen einer Krankheit, die die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, kündigen.

## Gilt das auch für mich, die wegen der vielen Arbeit erkrankt ist?

**RAHEL BEYELER:** In Ihrem Fall ist die Kündigung vermutlich missbräuchlich. Wenn eine Arbeitgeberin ihrer Arbeitnehmerin konstant zu viel Arbeit zuweist und ihr nicht genügend Erholungszeit gönnt, missachtet sie die ihr nach Artikel 328 des Obligationenrechts obliegende Fürsorgepflicht. Wenn die Arbeitgeberin Ihnen wegen einer Krankheit kündigt, die sie massgeblich mitverursacht hat, erfüllt dies den Tatbestand der Missbräuchlichkeit nach Artikel 336 des Obligationenrechts. Sie können von Ihrer Arbeitgeberin deshalb eine Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen fordern. Die Kündigung an sich ist aber gültig. Wenn Sie nun vor Gericht eine Entschädigung einfordern, müssen Sie die Beweise für die Missbräuchlichkeit erbringen. Das bedeutet, Sie müssen nachweisen, dass Sie aufgrund der zu hohen Arbeitslast ernsthaft erkrankt sind und Ihre Arbeitgeberin Bescheid wusste, dass Sie unter dem Arbeitsdruck gelitten haben. Es ist deshalb wichtig, die Arbeitgeberin frühzeitig über eine Überlastung zu informieren. Schliesslich müssen Sie vor Gericht auch noch belegen, dass Ihnen aufgrund der Krankheit und nicht aus einem anderen Grund gekündigt wurde. In der Praxis ist es also nicht einfach, die Missbräuchlichkeit der Kündigung vor Gericht nachzuweisen.

# Krankenkassenwechsel: Gesundheitsexpertin Sarah Lengyel erklärt im Interview, worauf wir achten sollten

## Unterziehen Sie Ihre Kasse

Noch bis Ende November können Sie die Grundversicherung Ihrer Krankenkasse wechseln. Doch wann ergibt ein Wechsel Sinn, und wie lassen sich sonst noch Prämien sparen? Sarah Lengyel, Leiterin Gesundheit bei der Stiftung für Konsumentenschutz, gibt Auskunft.

MARIA KÜNZLI

**work:** Gibt es einen guten und einen schlechten Zeitpunkt im Jahr, um die Grundversicherung zu wechseln? **Sarah Lengyel:** Die Krankenkassenprämien für das nächste Jahr werden in der zweiten Septemberhälfte bekanntgegeben. Die Grundversicherung kann nur einmal pro Jahr – auf den 1. Januar – gewechselt werden. Ausser bei einer Franchise von 300 Franken im sogenannten Standardmodell: Dann kann die Grundversicherung auch auf Ende Juni gewechselt werden. Grundsätzlich ergibt es aber Sinn, zu warten, bis die Prämien bekannt sind. Wichtig: Die Kündigung muss der bisherigen Krankenkasse spätestens am letzten Arbeitstag im November vorliegen. Der Poststempel zählt nicht. Dieses Jahr ist es der 29. November. Wir empfehlen, das Aufnahmegesuch und die Kündigung gleichzeitig vorzunehmen oder aber das Aufnahmegesuch bei der neuen Krankenkasse bis spätestens Mitte Dezember zu deponieren.

**In der Grundversicherung gibt es einen Leistungskatalog, der für alle gleich ist. Zudem haben die Krankenkassen für die Grundversicherung eine gesetzlich vorgeschriebene Aufnahmepflicht, sie dürfen also niemanden ablehnen. Worin unterscheiden sich die Kassen überhaupt?** Ein wichtiger Punkt sind die Kostengutsprachen zum Beispiel von Medikamenten oder Therapien. Bei diesen Gutsprachen haben die Krankenkassen einen gewissen Ermessensspielraum. Eine neue Krankenkasse ist nicht an die Beurteilung der alten Krankenkasse gebunden. Sie prüft die sogenannte Leistungspflicht neu und kommt dann vielleicht zum Ergebnis, dass sie die aktuelle Behandlung nicht für angebracht hält.

**Wie kann man einer bösen Überraschung vorbeugen?** Beantragen Sie bei der neuen Krankenkasse erneut eine Kostengutsprache. Kündigen Sie die alte Grundversicherung erst dann, wenn Sie einen positiven Bescheid bezüglich der Gutsprache erhalten haben.

**Wie finde ich denn heraus, ob ich wechseln sollte?** Die Grundleistungen sind bei den Krankenkassen zwar gleich, der Service, die Prämien und die Versicherungsmodelle sind jedoch unterschiedlich. Wenn ich zum Beispiel mit dem Kundendienst nicht zufrieden bin, wäre das ein Grund, sich nach einer neuen Krankenkasse umzusehen. Zudem können auch Erfahrungen aus dem Umfeld

### Nutzen Sie einen unkommerziellen Prämienrechner.

hilffreich sein. Beim Vergleichen der Prämien empfehlen wir, einen unkommerziellen Prämienrechner zu benutzen (siehe worktipp).

**Wie finde ich das für mich beste Versicherungsmodell?** Das kommt auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse an. Man unterscheidet zwischen Standard- und Alternativmodell. Das Standardmodell ist am teuersten, dafür hat man die freie Arztwahl. Bei den Alternativmodellen – also Telmed, Hausarztmodell und HMO – lassen sich Prämien sparen. Aber es gibt gewisse Einschränkungen. Bei Telmed zum Beispiel sind Sie verpflichtet, zuerst bei einer Hotline anzurufen, bevor Sie einen Arzttermin vereinbaren. Wer sich nicht an die Regeln hält und zum Beispiel direkt zu einer Spezialistin geht, muss mit Sanktionen rechnen.



Sarah Lengyel. FOTO: ZVG

### WORKTIPP

### VORSICHT!

Um die Höhe der Prämien zu vergleichen, nutzen viele Vergleichsportale wie Comparis. Doch Vorsicht: Bei vielen kommerziellen Vergleichsportale werden in der Standardansicht nur Angebote von Krankenkassen gezeigt, mit denen der Vergleichsdienst zusammenarbeitet und folglich mitverdient, wenn ein Vertrag abgeschlossen wird. Nutzen Sie deshalb unabhängige Portale wie jenes vom Bund (**rebrand.ly/praemienrechner-bund**) oder vom Konsumentenschutz (**rebrand.ly/praemienrechner-konsumentenschutz**). Diese beiden Rechner sind transparent, vollständig und unabhängig sowie datenschutzfreundlich und werbefrei.

**Empfehlen Sie die Alternativmodelle grundsätzlich?** Man kann die Prämien damit schon deutlich senken. Wenn der eigene Hausarzt auf der Liste der Krankenkasse für das Hausarztmodell zugelassenen Praxen ist, spricht eigentlich nichts gegen dieses Modell. Doch Achtung: Einige Krankenkassen sind strenger in Bezug auf Verträge als andere. Wer zum Beispiel im Telmed-Modell versichert ist und vergisst, vor einer Behandlung die Hotline anzurufen, muss bei manchen Kassen die Leistung selber berappen oder wird ohne Vorwarnung in das teurere Standardmodell umgeteilt. Asura, Concordia, Helsana, KPT und Swica sehen in ihren Bedingungen solche strengen Massnahmen vor. CSS, Groupe Mutel, Sanitas und Visana setzen auf fairere allgemeine Vertragsbedingungen.



**FÜR DEN FALL DER FÄLLE:** Wer medizinische Hilfe braucht, ist froh um die richtige Krankenkassenwahl. FOTO: KEYSTONE

**Gibt es Krankenkassen, von denen Sie abraten?** Nein, das tun wir nicht. Aber es gibt Kassen mit faireren und Kassen mit weniger fairen Versicherungsbedingungen. Das betrifft vor allem die bereits erwähnten Sanktionen. Wer sich unsicher ist, kann in unserem Tool «Krankenkassen-Fairness-Check» die Bedingungen nachlesen (**rebrand.ly/fairness-check**). Sie können dort die Krankenkasse und das entsprechende Modell wählen, und dann

# Interview, worauf wir achten sollten dem Fairness-Check

FRANCHISE

## WELCHE FRANCHISE ERGIBT SINN?

Die Franchise ist ein Betrag zwischen 300 und 2500 Franken, den man pro Jahr für Medikamente und Behandlungen selbst bezahlt. Erst wenn die Kosten die Franchise übersteigen, übernimmt die Krankenkasse. Je höher die Franchise, desto günstiger die Prämie. Um die passende Franchise für sich zu wählen, empfiehlt der Konsumentenschutz Folgendes: Sind die eigenen Gesundheitskosten höher als 1900 Franken pro Jahr, sollte die tiefste Franchise gewählt werden. Sind die Kosten tiefer, ist die höchste Franchise die beste Wahl. Es bleibt aber immer abhängig von der konkreten Situation. Berechnen Sie mit dem Franchiserechner (**rebrand.ly/franchiserechner**) Ihre individuellen Grenzen.

FRANCHISE UNREALISTISCH?

Doch was, wenn jemand zwar mit tiefen Gesundheitskosten rechnet, sich aber die möglichst anfallenden Kosten nicht leisten kann? Hier empfiehlt Sarah Lengyel: «Die Wahl der höchsten Franchise in der Grundversicherung kann die monatlichen Prämien erheblich reduzieren. Es ist jedoch wichtig, sich bewusst zu sein, dass im Falle unerwarteter Gesundheitskosten bis zu 3200 Franken, also Franchise plus Selbstbehalt, selbst zu tragen sind.» Wer die Prämien nicht bezahlen kann, sollte den Anspruch auf Prämienverbilligung (**rebrand.ly/praemienverbilligung**) prüfen. (mk)

### Weniger als 1900 Franken pro Jahr, sollte die tiefste Franchise gewählt werden.

**Weniger als 1900 Franken pro Jahr, sollte die tiefste Franchise gewählt werden.**

### Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Sanktionen rechnen.

in eine Zusatzversicherung aufgenommen werden wollen, einen Gesundheitsfragebogen ausfüllen. So ist es für Personen ab 50 Jahren schwierig, eine Zusatzversicherung abzuschliessen, für Menschen mit schlechter Gesundheit ist es fast unmöglich. Deshalb ist es wichtig, dass man die alte Zusatzversicherung erst kündigt, wenn man die Zusatzversicherung der neuen hat.

werden die heiklen Passagen automatisch gezeigt.

**Um die Zusatzversicherung zu wechseln, ist es schon zu spät. Diese muss bis Ende September gekündigt werden. Warum?** Das ist ziemlich mühsam. Einerseits kommen die verschiedenen Fristen zustande, weil Grund- und Zusatzversicherung rechtlich unterschiedlich organisiert sind. Aber der Hauptgrund ist wohl, dass es schwieriger ist, sich zwei verschiedene Kündigungsfristen zu merken, und so die Kündigung erschwert wird. Darauf spekulieren vermutlich die Versicherer.

### Im Gegensatz zur Grundversicherung muss eine Krankenkasse bei der Zusatzversicherung niemanden aufnehmen. Sollte man also möglichst

früher kündigen, wenn man die Zusatzversicherung der neuen hat.

# aber Sie müssen sich mit diesen Punkten auseinandersetzen Mitarbeiterin zweiter Klasse!

mit Ihnen Lohn und Arbeitspensum vereinbart und Ihnen keinen schriftlichen Vertrag vorlegt. Verboten ist das nicht: Auch mündliche Abmachungen sind verbindlich. Im Streitfall ist

### Bei Teilzeitarbeit besteht die Gefahr, zu viel zu arbeiten.

es aber schwierig zu beweisen, was abgemacht wurde. Verlangen Sie eine schriftliche Vereinbarung, die den Lohn, die Arbeitszeit, eine Beschreibung Ihrer Tätigkeit sowie die Lohnfortzahlung bei Krankheit festhält. Weigert sich der Arbeitgeber, ist es empfehlenswert, die mündlichen Abmachungen selbst festzuhalten und der Firma per Mail oder Brief zu

schicken mit der Bitte, die Arbeitsbedingungen zu bestätigen.

### 3. Überstunden.

Bei Teilzeitarbeit besteht die Gefahr, zu viel zu arbeiten. Schreiben Sie deshalb geleistete Überstunden konsequent auf! Als Überstunden gelten jene Stunden, die die vereinbarte Wochenarbeitszeit übersteigen. Sind Sie in einem Pensum von 15 Stunden angestellt, machen Sie ab der 16. Stunde Überstunden. Diese dürfen Sie kompensieren, oder die Firma muss Sie mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent dafür entschädigen. Allerdings ist es erlaubt, im Arbeitsvertrag etwas anderes zu vereinbaren. Zum Beispiel, dass Überstunden nicht entschädigt werden. Lesen Sie den Arbeitsvertrag deshalb genau durch!

**4. Versicherungsschutz.** Auch wenn Sie nur Teilzeit arbeiten, sind Sie bei Berufsunfällen versichert. Achtung: Nichtberufsunfällen sind Sie durch den Arbeitgeber nur versichert, wenn Sie beim gleichen Betrieb mindestens acht Stunden pro Woche arbeiten.

### 5. Vorsorge.

Teilzeitarbeit erhöht das Risiko, später von Altersarmut betroffen zu sein. Es trifft vor allem Frauen, weil sie häufiger über eine längere Zeit nicht oder in kleinen Pensum angestellt sind. Erst ab einem Jahreslohn von 22050 Franken (Stand 2024) müssen Mitarbeitende in die Pensionskasse des Arbeitgebers aufgenommen werden. Deshalb ist es wichtig, sich über die spätere Rentensituation Gedanken zu machen.

ALTERSVORSORGE

### BLICK IN DIE ZUKUNFT

Mit dem Tool «Cash or Crash» des Frauendachverbands Alliance F können Sie spielerisch ausrechnen lassen, wie Teilzeitarbeit und andere Entscheidungen Ihr Leben im Alter beeinflussen (**www.cashorcrash.ch**). Auch mit dem Online-Rechner des Bundes (**www.acor-avs.ch/conditions**) können Sie Ihre Vorsorgeplanung einschätzen lassen. Mehr zum Thema Altersvorsorge für Frauen inklusive Faktenblättern finden Sie auf der Website von Economie féministe: **rebrand.ly/faktenblaetter-altersvorsorge**

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

# Computerkauf: So finden Sie gute Occasionsmodelle

Gebrauchte Computer sind eine günstige Alternative zu neuen Geräten. Sie kosten oft nur halb so viel wie ein vergleichbares neues Modell. Auf Plattformen wie Tutti.ch und Ricardo.ch verkaufen Privatpersonen Occasionscomputer. Doch Sie riskieren Alltlasten wie Viren, wenn die Festplatte nicht korrekt gelöscht wurde. Es gibt aber auch generalüberholte Geräte von spezialisierten Verkäufern. Diese erwerben ausgediente Geräte von Firmen. Die Computer werden geprüft, gereinigt, wenn nötig repariert und neu aufgesetzt. Alltlasten können so fast ausgeschlossen werden. Ihre Angebote sind ebenfalls auf Anzeigenplattformen zu finden.

### Die Computer werden geprüft, gereinigt und neu aufgesetzt.

**MIT GARANTIE.** Bei Tutti.ch einfach unter «Inserenten» das Kästchen «Firma» anklicken, bei Ricardo.ch unter «Verkäufer» das Feld «gewerblich». Nun sieht man nur noch professionelle Angebote. Einige Händler verkaufen die Geräte aber auch auf eigenen Internetseiten. So etwa Gewa (Gewa-multimedia.ch) oder Budgetcomputer (Budgetcomputer.ch). Gewa gewährt 12 Monate Garantie auf



**MUSS NICHT NEU SEIN:** Wer einen gebrauchten Computer kauft, sollte dies bei spezialisierten Händlern tun. FOTO: DREAMSTIME

Occasionsgeräte, Budgetcomputer 3 Monate. Regelt der Vertrag die Garantie nicht, gilt das Gesetz. Dann beträgt die Garantiefrist 2 Jahre ab Kauf. Wir verglichen in einer Stichprobe die Preise einiger Geräte. Zum Teil waren Spezialfirmen sogar günstiger als private Verkäufer. So kostete etwa ein HP ProBook 650 G2 bei Budgetcomputer 179 Franken, ein privater Verkäufer wollte auf Ricardo mindestens 182 Franken. Ein Lenovo Thinkpad T480 kostete bei Gewa 299 Franken, bei einem privaten Verkäufer auf Ricardo mindestens 340 Franken.

**Das muss man beim Kauf beachten:** Mindestens 8 GB Ram Arbeitsspeicher. Prozessor Intel Core i3 oder AMD Ryzen 5. 256 GB SSD Speicherplatz. Betriebssystem: Windows 10 oder 11, Mac Ventura, Sonoma oder Sequoia. HDMI für Bildschirm, USB 2.0 oder höher für Tastatur und Maus. THOMAS SCHWENDENER



**VOLLWERTIGE TEAMKOLLEGIN:** Wer Teilzeit arbeitet, hat dieselben Rechte wie jemand mit einem Vollpensum. FOTO: ISTOCK

# Teilzeitarbeit bringt Vorteile, Sie sind keine

**Wer Teilzeit arbeitet, sollte früh genug an später denken: Denn Teilzeitarbeit erhöht das Risiko von Altersarmut. Was Angestellte in kleineren Pensum sonst noch wissen sollten.**

MARIA KÜNZLI

Für Teilzeitarbeit gibt es viele Gründe: Kinderbetreuung, Care-Arbeit, Stressreduktion oder – die Luxusvariante – der Wunsch nach mehr Freizeit. Grundsätzlich spricht man von Teilzeitarbeit bei einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90 Prozent. Laut Bundesamt für Statistik nimmt die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten bei Männern und Frauen in der Schweiz seit Jahren zu. Doch es sind noch immer zu einem Grossteil Frauen,

die Teilzeit arbeiten (**rebrand.ly/statistik-teilzeitarbeit**). Wer nicht Vollzeit arbeitet, ob freiwillig oder nicht, sollte ein paar Dinge beachten.

### 1. Rechtliches.

Sie sind keine Mitarbeiterin zweiter Klasse, auch wenn Teilzeitangestellte in manchen Betrieben so behandelt werden. Sie haben – im Verhältnis zu den geleisteten Arbeitsstunden – grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie Vollzeitangestellte. Auch bei kleinem Pensum haben Sie Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlte Ferien und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

**2. Vertragliches.** Bei kleinen Pensum kann es vorkommen, dass Ihre Arbeitgeberin mündlich

# Nebel Licht ins Grau

**November ohne Nebel: Je nach Region ist das kaum vorstellbar. Doch warum entsteht der graue Schleier überhaupt?**

Manche mögen ihn, viele hassen ihn: den Nebel. Doch warum gibt es Nebel eigentlich? Nebel entsteht in klaren Nächten: Dann kühlt die Erdoberfläche in den kalten Monaten stärker ab. Wenn der Taupunkt erreicht ist, beginnt Wasserdampf in der bodennahen Luftschicht zu kondensieren – dann bildet sich Nebel. Ist der Himmel bewölkt, wirkt das wie eine Isolation für die Erde: Die Wärme bleibt am Boden. Nebel besteht aus kleinsten Wassertropfen, genau wie Wolken und Hochnebel. Es ist also eigentlich alles dasselbe, der einzige Unterschied ist die Lage. Stehen wir im Ne-

bel, befinden wir uns also mitten in einer Wolke – ist doch irgendwie schön, oder?

**NEBEL ODER DUNST?** Nebel nennt man die schwebenden Tröpfchen dann, wenn die Sichtweite kürzer ist als 1 Kilometer. Von Hochnebel spricht man, wenn die Sicht am Boden nicht beeinträchtigt ist. Lässt sich Nebel in der Höhe auflösen, nennt man das Dunst. Auf der Alpensüdseite kommen Nebelgäste viel seltener vor als auf der Alpennordseite – hier sind Zürich Klotten oder das Aargauer Wasserschloss Spitzenreiterinnen in Sachen Nebeltagen. (mk)

**Nebel ist dasselbe wie eine Wolke, anders ist einzig die Lage.** Mehr Infos dazu: **rebrand.ly/Nebel**

# workrätsel Gewinnen Sie ein Apple iPad!



Ob Arbeit, Spielen oder Lernen: Mit dem von **WAGNER AG** offerierten

Apple iPad (10,2", WiFi, 64 GB) im Wert von 359 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 12  
Das Lösungswort lautete: **ARBEITSZEIT**

K	G	A	T	F	V	P	E									
O	B	E	N	A	B	E	A	U	D	I	T	I	V	T	X	
R	E	A	S	M	A	S	H	S	L	A	C	H	S			
B	E	R	G	B	A	U	E	T	U	T	O	R	N			
A	B	T	E	I	G	T	R	A	U	M	T	G	I	G		
A	I	G	E	T	A	N	B	R	E	G	L	E	R			
L	A	C	H	E	N	U	L	E	Y	E	N	E	U			
F	L	U	H	I	F	E	G	E	N	G	S	I	T	E		
T	L	E	B	E	N	G	G	E	N	E	S	E	N			
R	O	T	O	R	M	L	E	G	A	L	H	L	E			
B	A	R	U	W	E	S	E	N	M	B	E	S	E	N		
S	D	I	W	A	N	M	L	E	S	E	R	M				
P	L	U	S	R	P	U	D	E	L	I	L	A	B			
E	K	A	N	Z	L	E	R	G	L	E	N	C	O	R	E	
K	L	A	E	N	G	E	R	E	V	I	E	R	E	S	K	I

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: **Erwin Käslin, Edlibach ZG**  
Herzlichen Glückwunsch!

See- räuberei	Verhält- niswort	Notiz- papier		engl. Bier- sorte	Wett- kamp- klassen	Reiter- sitz	Fluss zur Nordsee	amerik. Klein- katze		ein- schliess- lich, samt	gros- ses Ge- wässer	geistl. Würden- träger	jetzt, in diesem Moment
röm. 4		langge- zogener Kreis						Äbtissin des Fraumün- sterklosters (Kath. von)	11				
ausge- wählte Strecke			10	eh. Berliner Flug- hafen	schweiz. Maler † 1961 (Cuno)					Porzel- lanver- zierung	Schmer- zens- laut		
einges- chaltet		Frauen- theater- rolle		Prü- fungen, Stich- proben				untere Torten- schicht	3	Fecht- waffe			
nicht verboten	seitlich von				höchst- begabter Mensch		Hunde- rasse				Lebewe- sen Mz.		Gift & ... für «Used Look»
				hierhin	Vor- schrift					Wasser- stands- messer	Aktion, Hand- lung		
Frage nach der Menge	Besten- auslese	Stemm- werk- zeug			4		Über- reichen- der	Unia- Vize-Prä- sidentin (Véronique)					
					anfäng- lich, zu- nächst		Vogel, Aas- fresser		14		Teile d. Fuss- ball- schuhe	Laute d. Schwe- ine	
		Aus- zeich- nungen		versöh- nen, zu- sammen- bringen				Ge- spräche mit Gott		schweiz. Radio- u. Fernseh- ges.	6		alte Leucht- dichte- einheit
flüssige Fette	Der Kampf um ... Gerla- fingen	Zwei- ergruppen				trainie- ren, proben		am vori- gen Tag					
Teil des Kopfes			7		... ist eine tickende Zeit- bombe	schwin- delig, schlecht			8		Haupt- stadt der Algarve	Ausruf	1
		Portal, Eingang		alt Bun- desrat † 1977				Bahn im Kt. GR		Feuer- stein			
Vorn. v. Lemper	Aus- dehnung gegen unten					ital. Tonbez. für das D	Waren- gestell			9		Person- alpro- nomen	Nasal- laut
				An- spruch						sprechen		5	
völliges Durch- einander	ziehen, zerren						sprachl. Hervor- hebung						12

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 21. November 2024

INSERAT



## 23.11. Nationale Demo gegen Gewalt an Frauen.

Alle zwei Wochen wird in der Schweiz eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Allein dieses Jahr zählen wir bereits **13 Feminizide**. Setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen gegen Gewalt und für Respekt! Schliess dich dem Gewerkschaftsblock an und demonstriere mit uns!

**14 Uhr**  
**Schützenmatte**  
**in Bern**



**WORKLESERFOTO**



**Der schwarze Schwan**

WANN 26. Oktober 2024  
 WO Wil SG  
 WAS Stadtweiher von Wil in Herbststimmung  
 Eingesandt von Franz Schütz, Matzingen TG

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORK 12 / 17.10.2024: DER KAMPF UM STAHL GERLAFINGEN**

**Einfach nur Kopfschütteln**

Ich finde es himmeltraurig, dass eine Firma wie Stahl Gerlafingen pleitegehen muss oder soll. Eine Firma, die qualitativ so guten Stahl produziert. Der Hilferuf nach Bern wurde abgeschmettert, und man bedenke die x Millionen, die der Bund der Swiss und der UBS zusteckt hat. Und die Stahl Gerlafingen lässt man fallen wie eine heisse Kartoffel. Was wird mit den Mitarbeitenden? Das löst bei mir nur Kopfschütteln aus. Schön gibt's die Unia, ohne sie würden Arbeiterinnen und Arbeiter wohl noch heute für ein Butterbrot arbeiten. Meine Devise lautet: Wir kämpfen weiter für unser Recht.

FRITZ WIDMER, OSTERMUNDIGEN BE

**Denken wir an die Fachkräfte**

Über Stahl Gerlafingen wird viel diskutiert, ob das Unternehmen systemrelevant sei oder nicht. Die Schweiz, die Politik und wir Bürgerinnen und Bürger tun gut daran, dieses Werk als systemrelevant einzustufen und somit zu erhalten. Laut Informationen ist es klimafreundlich, und die Öfen werden elektrisch aufgeheizt. Diese Umstände sind doch das, was wir anstreben, oder nicht? Betrachten wir das sich schnell verändernde Weltgeschehen um uns herum, lohnt es sich, eine Lösung zu suchen und etwas zu investieren. Die Fachkräfte des Werkes haben eine Weiterführung verdient. Es könnte auch einmal eintreffen, dass der Schweiz nicht jeder Wunsch für Materiallieferungen von den Lippen

abgelesen wird. Auch würden sich verdeckte Einflüsse von aussen freuen, wenn die Schweiz wieder etwas unselbständiger würde. Nach etlichen Statements, nicht nur positiven, werde ich den Verdacht nicht los, dass es im Geheimen bereits Überlegungen gibt, was auf dem Areal alles möglich wäre.

ALFRED WINKLER, BURGDORF BE

**WORK 12 / 17.10.2024: URTEIL ZU WC-PAUSEN: SO EIN SEICH!**

**Runterspülen**

Der perfekte Kommentar zu diesem Gerichtsentscheid lautet: Man sollte das Urteil runterspülen!

EWALD SCHERWEY, VIA FACEBOOK

**WORKZEITUNG.CH / 18.10.2024: NUR 9 MONATE KNAST FÜR 11 MONATE GEFANGNIS**

**Geschockt**

Das Urteil schockiert mich. Das ist ein beängstigendes Zeichen!

LAURA GONZALEZ, VIA FACEBOOK

**WORK 12 / 17.10.2024: ABFALL DES TODES, KOLUMNE VON JEAN ZIEGLER**

**«Scheisse» für Nachkommen**

Jean Ziegler macht wie immer Nägel mit Köpfen, auch bei der AKW-Frage! In 1000, vielleicht in 10000 Jahren werden von unserer Zivilisation weder der Holocaust noch der Umgang mit Menschen aus Palästina oder Flüchtlingen in Erinnerung bleiben, sondern der Missbrauch unseres Planeten Erde

als Abfallkübel. Kein Lebewesen hat bis heute seine «Scheisse» den Nachkommen für alle Ewigkeit überlassen. Nur wir machen das! Und der Atommüll ist darunter in negativem Sinne die nachhaltigste.

NIKLAUS BALTZER, BERN

**WORK 11 / 26.9.2024: SCHWEIZER STAAT SCHWIMMT IM GELD**

**Kaufkraft nimmt ab**

Kein Wunder, sind die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden prallvoll, und dieser Trend wird sich noch weiterhin fortsetzen! Dass wir aber alle dank der kalten Progression viel zu viel Steuern bezahlen und dadurch die Kaufkraft jedes Einzelnen Jahr für Jahr geringer wird, geht leider immer wieder vergessen!

PG, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORKZEITUNG.CH / 23.10.2024: DIE BEINAHE-INVASION DER NAZI-FASCHISTEN INS TESSIN**

**Gut, aber...**

Es ist ja schön und gut, dass die Schweiz die Partisanen nicht ausgeliefert hat. Aber sie dann als Zwangsarbeiter zu verwenden erinnert schon ein bisschen an Faschismus.

JOACHIM INTAG, VIA INSTAGRAM

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work@redaktion@workzeitung.ch](mailto:work@redaktion@workzeitung.ch) Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16





BARBARA WILDNER

## WASSER UND WANDERN

In ihrer Freizeit ist Barbara Wildner gern aktiv: Sie liest, schwimmt und erkundet die Natur mit dem Fahrrad. Besonders das Wandern in den Schweizer Bergen hat es ihr angetan.

**DIREKT.** An kulturelle Unterschiede musste sie sich hier zuerst gewöhnen. «Die Schweizer sind weniger direkt und zurückhaltender als die Deutschen», sagt sie. Anfangs fiel ihr die Umstellung schwer, da sie selbst zu einem direkten Ton neigt. Auch die Grundeinstellung sei im Vergleich zu ihrer Heimat aufgehellter und positiver.

**SCHNELL.** Da viele ihrer Freunde, ihre Familie und ihr fester Freund noch in Deutschland leben, pendelt sie oft zwischen den beiden Ländern. «Das nimmt natürlich Zeit in Anspruch, aber macht das Leben spannend.» Mittlerweile versteht sie auch das Schweizerdeutsch gut. «Klar, ich frage immer mal wieder nach, aber man lernt schnell.» Barbara Wildner ist Unia-Mitglied und verdient 74 000 Franken jährlich, also 5670 Franken brutto pro Monat (bei 13 Monatslöhnen). Dazu kommen Zuschläge für Bereitschaftsdienst, was in der Chemiebranche üblich ist – sowie ein Bonus von 6 Prozent des Jahresgehaltes.

Für Chemielaborantin **Barbara Wildner** (26) ist Präzision Pflicht

# Kaum in der Schweiz, schon in der Unia

**Barbara Wildner arbeitet in Visp als Chemielaborantin bei der Lonza. Sie sorgt dafür, dass Medikamente sicher auf den Markt kommen. Ein Job mit grosser Verantwortung – und Risiken.**

JULIA NEUKOMM | FOTO ISABELLE HAKLAR

Barbara Wildner stammt ursprünglich aus Hessen, Deutschland. Ein Headhunter machte sie auf die Stelle bei Lonza aufmerksam. Wildner zögerte nicht lange, bewarb sich und erhielt die Zusage – eine Entscheidung, die sie bis heute nicht bereut. Vor drei Jahren zog sie für ihren Job als Chemielaborantin bei der Lonza in die Schweiz. Mittlerweile hat sie sich gut eingelebt, pendelt von ihrem Wohnort Thun ins Wallis, wo Lonza als globaler Pharmariese rund 5000 Mitarbeitende am Standort Visp beschäftigt. Über 80 Nationalitäten sind dort vertreten, was für einen kulturellen Austausch sorgt. Die 26jährige sagt: «Hier hört man verschiedenste Sprachen, und dadurch wird auch mein Englisch öfter gefordert – das hilft mir nicht nur im Beruf, sondern auch im Privatleben beim Reisen.»

Als Kind hatte Wildner viele Berufswünsche: Tierärztin, Feuerwehrfrau oder Gerichtsmedizinerin. Doch im Teenageralter wurde Chemie zu ihrem Lieblingsfach, wodurch der Beruf der Chemielaborantin für sie interessant wurde. «Ich bin bis heute froh über meine Berufswahl.»

**PRÄZISION.** Als Chemielaborantin in der analytischen Chemie führt Wildner Qualitätskontrollen durch. «Ich untersuche

fertige Produkte. Dabei ist es meine Aufgabe sicherzustellen, dass alle gesetzlich vorgeschriebenen Richtlinien eingehalten werden.» Der Arbeitstag beginnt mit der Planung von Versuchen: Geräte vorbereiten, Chemikalien ansetzen und Proben messen. Ein wesentlicher Teil ihrer Tätigkeit ist die genaue Dokumentation der Ergebnisse. Das ist bei Medikamenten besonders wichtig, denn «am Ende kommen die Produkte auf den Markt und werden von Menschen konsumiert».

**SICHERHEIT.** Im Labor herrschen strikte Sicherheitsregeln. «Ohne Schutzkleidung geht nichts. Laborkittel, Schutzbrille, Sicherheitsschuhe und Handschuhe sind Standard.» Ausserdem gibt es spezielle Arbeitsplätze, die vor chemischen Dämpfen und Spritzern schützen. «Die Sicherheit hat oberste Priorität. Ohne diese Massnahmen wäre unsere Arbeit undenkbar, denn viele Chemikalien können gefährlich sein, von allergischen Reaktionen bis hin zu Verätzungen.» Trotz modernster Technik läuft nicht immer alles glatt. «Manche Geräte sind etwas launisch. Doch mit guter Pflege sind sie meist zuverlässig – und die Problemlösung macht den Job spannend.»

**STREIK.** Schon in der Kindheit waren Diskussionen über Themen der Arbeiterklasse fester Bestandteil am Küchentisch in Wildners Familie. «Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, meine Eltern haben mir schon früh vermittelt, wie wichtig Gewerkschaften seien. Mein Vater war bei Streiks der IG Metall dabei, und für mich war es selbstverständlich, mich auch zu



**SICHERHEIT IM LABOR:** «Ohne Sicherheitsmassnahmen wäre das Arbeiten im Labor nicht möglich.» FOTOS: SHUTTERSTOCK

engagieren.» So war sie schon in Deutschland Mitglied der IG BCE, der Industriergewerkschaft für Bau, Chemie und Energie. Als sie 2021 am Bahnhof Visp an einem Unia-Stand angesprochen wurde, war für sie klar, dass sie auch in der Schweiz weiter aktiv sein würde.

Heute ist sie in der Unia-Jugend Oberwallis und der IG Frauen aktiv. «Wir organisieren Kampagnen, informieren junge Leute über ihre Rechte und bereiten Streiks vor. Bei der Lohndemo dieses Jahr waren wir auch dabei. Gewerkschaftsarbeit ist wichtig, um faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Arbeitgeber haben in der Vergangenheit nichts geschenkt – alles musste erkämpft werden.» Mit ihren Arbeitsbedingungen ist Wildner zwar zufrieden, doch betont sie, dass die Gewerkschaftsarbeit auch in ihrer Branche wich-

tig sei: «Wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Löhne und Sicherheitsstandards weiterhin hoch bleiben.»

**ZUKUNFT.** Die Chemiebranche steht vor vielen Veränderungen, und Wildner sieht Entwicklungen wie die Automatisierung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz positiv. «Viele Verfahren können in Zukunft noch viel genauer gemessen werden. Komplette Automatisierung wird es aber nicht geben. Zu wichtig ist die Kontrolle durch erfahrene Fachkräfte.»

Auch privat hat sie Pläne: «Ich möchte irgendwann mit meinem Freund zusammenziehen und mich weiter in der Schweiz einleben.» Rückkehr nach Deutschland? Für sie keine Option: «Ich bin sehr glücklich, hier zu sein, und habe es keine Sekunde bereut.»

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch). Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophiebinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiebinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darija Knezevic, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch); Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), [parzivalmeister@workzeitung.ch](mailto:parzivalmeister@workzeitung.ch); Julia Neukomm, [julianeukomm@workzeitung.ch](mailto:julianeukomm@workzeitung.ch); Ivan Schauwecker, [iwanschauwecker@workzeitung.ch](mailto:iwanschauwecker@workzeitung.ch). Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Laura Gonzalez, Marius Käch, Sandra Künzi, Maria Künzi, Daniel Lampart, Jean Ziegler, Clemens Studer. Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch). Korrektorat Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold, [sekreteriat@workzeitung.ch](mailto:sekreteriat@workzeitung.ch). Anzeigenmarketing Fabienne Jalily, [fabienne.jalily@workzeitung.ch](mailto:fabienne.jalily@workzeitung.ch). Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch). Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.